

# INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

Juli–September 2015



**3 | 2015**

Statistisches Bundesamt

---

<b>Herausgeber</b>	<i>Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats</i>
<b>Internet</b>	<i>www.destatis.de</i>
<b>Schriftliche Anfragen</b>	<i>www.destatis.de/kontakt</i>
<b>Zentraler Auskunftsdienst</b>	<i>Telefon +49 (0) 611 / 75 24 05</i>
<b>Erscheinungsfolge</b>	<i>vierteljährlich</i>
<b>Erscheinungstermin</b>	<i>Im Oktober 2015</i>
<b>Fotorechte</b>	<i>©Statistisches Bundesamt, Wiesbaden</i>
<b>© Statistische Bundesamt, Wiesbaden 2015</b>	<i>Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.</i>

<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
<b>Editorial</b>	5
<b>Veranstaltungen und Besuche</b>	
Amtsleiterwechsel im Statistischen Bundesamt: Dieter Sarreither und Dr. Georg Thiel leiten das Haus	6
ISI-Weltkongress in Rio de Janeiro	9
Ausschuss für das Europäische Statistische System (AESS) und DGINS tagten in Lissabon	10
Statistische Woche 2015 in Hamburg	13
Statistischer Beirat: Stärkung der amtlichen Statistik in der Europäischen Union	13
Treffen des Statistischen Bundesamtes mit der Bundesbank zur Konjunkturanalyse und zur Saisonbereinigung	14
Besuch von Wahlrechtsfachleuten aus Thailand	15
Hochrangiger Besuch aus der Mongolei	15
„Europäische Statistiken“: Treffen der Datenproduzenten in Wiesbaden	16
KAZSTAT-Projekt: Komponente Außenhandelsstatistik abgeschlossen	17
Der i-Punkt beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung	18
Besuch von der Europäischen Zentralbank	19
Türkischer Botschafter im Statistischen Bundesamt	20
Twining-Projekt mit Aserbaidschan beginnt	20
Besuch aus Südkorea	21
Astana – Wiesbaden – Bremen: Große Inforeise	22
Indikatoren für die UN-Nachhaltigkeitsagenda	23
<b>Aktuelle Querschnittsveröffentlichungen</b>	
Bürger mit öffentlicher Verwaltung überwiegend zufrieden	24
Gesamtkatalog 2015	25
Neue Veröffentlichung „25 Jahre Deutsche Einheit“	
Wandel im Bereich Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft statistisch betrachtet	26
<b>Fachspezifisches im Fokus</b>	
<b>Bevölkerung</b>	
Heterogene Datenlandschaft zu „Flucht und Asyl“: Ein Überblick über Produzenten und Angebote	27
Großes Interesse an Daten zur Generation 65+	29
Direktorengruppe für Sozialstatistiken (DSS) diskutierte die geplante Rahmenverordnung für EU-Sozialstatistiken	30
Animierte Bevölkerungspyramide nach Bundesländern	32
<b>Bildung und Kultur</b>	
Termin 3./4. November: FDZ der Statistikämter veranstalten in Bonn Nutzertagung zum Thema Bildung und Beruf	33

## Inhalt

---

<b>Sozialleistungen</b>	
Urteil zum Betreuungsgeld: Vor allem Auswirkungen auf Westdeutschland	34
<b>Gesundheit</b>	
Fachausschuss „Statistiken des Gesundheitswesens“	35
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>	
EU-Direktorengruppe für Agrarstatistiken (DGAS) nahm in Budapest den Agrarsensus 2020 in den Blick	37
<b>Wirtschaftsrechnungen</b>	
Jeder dritte Vater wünscht sich mehr Zeit für seine Kinder	39
<b>Kontakt zur Redaktion</b>	40
<b>Personalnachrichten</b>	
Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt	41
Statistisches Bundesamt	41
Statistische Landesämter	42
<b>Anhang</b>	
Tagungskalender	43
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Oktober 2015	45

### Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit diesem Heft darf ich mich erstmals als Präsident des Statistischen Bundesamtes an Sie wenden. Das tue ich mit großer Freude, seit der Bundesminister des Innern mich am 2. Oktober in Wiesbaden ins Amt eingeführt hat. Sehr gefreut hat es mich auch, viele von Ihnen – die Mitglieder des Statistischen Beirates – bei der Feier zu treffen. Für die freundlichen Wünsche zu meinem Amtsantritt danke ich herzlich.



Nun ist der Alltag eingeleitet. Leider muss ich vorerst auf einen Stellvertreter verzichten. Zwar wurde Dr. Georg Thiel, bisher Ständiger Vertreter der Abteilungsleitung O im Bundesministerium des Innern, zum Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes bestimmt. Dr. Thiel ist jedoch vorübergehend als stellvertretender Leiter zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgeordnet worden, um während der dramatischen Lage dort zu unterstützen. Ich bitte daher schon jetzt um Ihr Verständnis, falls sich wegen der einstweilen nur halb besetzten Amtsleitung meines Hauses einmal etwas verzögern sollte.

In diesem Heft schauen wir auf die letzten Monate der Amtszeit meines Vorgängers Roderich Egeler zurück. Ein Höhepunkt, bei dem ich persönlich dabei sein durfte, war der Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI), der diesmal in Rio de Janeiro stattfand. Schwerpunkt war das Thema „Messung nachhaltiger Entwicklung durch die Statistik“ mit klarem Bezug zur den neuen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen („Sustainable Development Goals“). Dieses Heft berichtet darüber.

Hier in Deutschland traf sich die statistische Welt diesen Herbst in Hamburg zur „Statistischen Woche“. Auch dazu finden Sie einen kurzen Artikel.

Mit dem letzten Quartal beginnt auch in der amtlichen Statistik üblicherweise eine Zeit gedrängter Termine und gehäufte Sitzungen. Ich wünsche Ihnen, dass Sie die verbleibende Zeit bis zum Ende des Jahres gut nutzen können, ohne ernsthaft in Bedrängnis zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Dieter Sarreither". The signature is written in a cursive style with a long, sweeping underline.

Dieter Sarreither  
Präsident des Statistischen Bundesamtes

### Amtsleiterwechsel im Statistischen Bundesamt: Dieter Sarreither und Dr. Georg Thiel leiten das Haus

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière hat am 2. Oktober den bisherigen Vizepräsidenten Dieter Sarreither zum Präsidenten des Statistischen Bundesamtes ernannt und zugleich Amtsvorgänger Roderich Egeler in den Ruhestand verabschiedet. Zusätzlich wurde dem neuen Präsidenten das Amt des Bundeswahlleiters übertragen. Neuer Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes ist Dr. Georg Thiel, der bisherige Ständige Vertreter der Abteilungsleitung O im Bundesministerium des Innern. Er kann sein Amt aber vorerst noch nicht antreten. Stattdessen soll Dr. Thiel in der aktuell schwierigen Lage den Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Dr. Frank-Jürgen Weise, unterstützen.

Diplom-Mathematiker Dieter Sarreither trat 1982 als Referent für Softwareentwicklung in das Statistische Bundesamt ein. Seit 2000 leitete er die Abteilung für Informationstechnik und mathematisch-statistische Methoden. Dort setzte er sich für die Modernisierung der statistischen Prozesse unter dem Stichwort „eStatistik“ ein. Seit 2011 war er Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes.

Zu seinem Amtsantritt bezeichnete Sarreither Globalisierung und Digitalisierung als zukünftige Herausforderungen an die amtliche Statistik. Als wichtige Aufgabenfelder nannte er beispielhaft die Entwicklung von Indikatoren zu den global gültigen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) sowie die Analyse großer Datenmengen (Big Data).



*Präsident a. D. Roderich Egeler*



*Präsident Dieter Sarreither.*

Unter Roderich Egeler wurde der registrierte Zensus 2011 durchgeführt. Als Bundeswahlleiter organisierte er jeweils zwei Europa- und Bundestagswahlen. Weitere Schwerpunkte in Egelers siebenjähriger Amtszeit waren die Bürokratiekostenmessung und die Initiative zur Novellierung des Bundesstatistikgesetzes. Unter den Gästen des Festaktes zum Amtsleiterwechsel waren die ehemaligen Amtsleiter Johann Hahlen, Hans Günther Merk und Walter Radermacher. Letzterer sprach als Generaldirektor von Eurostat und somit Vertreter der EU-Statistik auch ein Grußwort.



*Generaldirektor Walter Radermacher*

Darin verwies er auf die lange gemeinsame Dienstzeit mit Dieter Sarreither und zeigte sich sicher, dass dieser „immer das Sachargument suchen wird, das uns alle überzeugt“. Dieter Sarreither sei ein hervorragender Fachmann: „Wenn es einem gelingen kann, sowohl in der komplexen Landschaft in Deutschland als auch in der Europas Konsens zu erzielen über die Fragen, wie die amtliche Statistik sich modernisieren und ihre Relevanz bewahren kann, dann ist er es.“

Hans-Josef Fischer, Leiter des Landesbetriebs Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), würdigte die Verdienste von Roderich Egeler. Der habe es in einer schwierigen Lage verstanden, neues Vertrauen zwischen Statistischen Landesämtern und Bundesamt zu schaffen.



*Präsident Hans-Josef Fischer (NRW)*

Gesamtpersonalratsvorsitzender Rolf Loidl nutzte die Gelegenheit, für eine sachgerechte Ausstattung der statistischen Ämter zu werben. Es gehe darum, durch dauerhaft beschäftigtes Personal dem Wissensverlust entgegenzuwirken, der sich durch die Altersabgänge ergebe.

Der Minister selbst setzte beim „Volkszählungsurteil“ des Bundesverfassungsgerichtes von 1983 an. Es umreißt nicht nur Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung, sondern auch die Bedeutung der Statistik für die Politik.

De Maizière machte klar, dass statistische Informationen wichtig und nicht ohne Aufwand zu bekommen sind. Daher sei die mit der vorgesehenen Novellierung des Bundesstatistikgesetzes beabsichtigte stärkere Nutzung von Verwaltungsdaten und Registern – gerade auch für den Zensus – aus seiner Sicht sehr vielversprechend. Der Zensus 2011 habe unter anderem bewiesen, dass eine solche Zählung heute auf breite Unterstützung der Bevölkerung treffe. Ihm sei auch bewusst, welch langer Vorbereitungszeit ein solches Projekt bedürfe– dies mit Blick auf den Zensus 2021.



*GPR-Vorsitzender Rolf Loidl*

Sibylle von Oppeln-Bronikowski erinnerte in ihrer Begrüßung als dienstälteste Abteilungsleiterin daran, dass es Roderich Egeler als Präsident immer ums Verwirklichen des Geplanten gegangen sei. Dabei hätten seine kommunikativen Fähigkeiten sehr geholfen, „in der Konsensfindung wie in der Aussendung klarer Botschaften“.

Roderich Egeler selbst unternahm einen Streifzug durch sein Berufsleben: Zunächst als junger

## Veranstaltungen und Besuche

---

Volkswirt in einer Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, ab 1978 dann als Hilfsreferent im Bundesamt für Zivildienst, später im Haushaltsreferat des Bundesministeriums des Innern, dann im Beschaffungsamt und ab 2008 im Statistischen Bundesamt. „Das Glück war mir stets hold und die Menschen waren mir wohl gesonnen“, sagte Egeler, „so dass ich heute ohne Wehmut, sondern dankbar in den viel gepriesenen dritten Lebensabschnitt wechsele.“

Das letzte Wort hatte Dieter Sarreither. Er zitierte zum Abschluss einen persönlichen Leitsatz: „Es ist nicht genug, zu wissen – man muss auch anwenden. Es ist nicht genug, zu wollen – man muss auch tun.“ Für seine Amtszeit als Präsident sieht Sarreither vor allem drei Schwerpunkte: Erstens die Neukonzeption ganzer Statistikbereiche – etwa Unternehmens- und Haushaltsstatistiken – entlang neuer EU-Vorgaben. Zweitens die Pflege des Solidargedankens unter den statistischen Ämtern, die ihre Leistung als Verbund erbringen. Drittens die Qualifikation der Beschäftigten, um im Wettbewerb mit anderen Anbietern statistischer Informationen bestehen zu können.

Beim anschließenden Empfang trafen Statistik, Politik, Verwaltung und Wissenschaft zusammen. Etliche ehemalige Beschäftigte bis hin zum ehemaligen Vizepräsidenten Peter Weigl waren darunter; Leiterinnen und Leiter anderer Behörden, aber auch Oberbürgermeister Sven Gerich und der Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt, der als Verwaltungswirt von 1988 bis 1999 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden und Berlin tätig war. Besonders weit angereist war der Leiter des statistischen Amtes der Mongolei. Er kam in Begleitung des mongolischen Botschafters und des Generalkonsuls.

Von allen Anwesenden am frühesten aufstehen mussten wohl die Musiker des Bläserquintetts des Bundespolizeiorchesters. Sie waren um vier Uhr von München aufgebrochen, um die Feier mit klassischer Musik zu begleiten.



*Das klassische Bläserquartett des Bundespolizeiorchesters München umrahmte den Festakt.*

### ISI-Weltkongress in Rio de Janeiro

Vom 26. bis 31. Juli 2015 fand in Rio de Janeiro die 60. Weltkonferenz des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) statt.

In mehr als 200 Sitzungen wurden Vorträge aus dem gesamten Spektrum der Statistik präsentiert. Ergänzt wurden diese durch Poster-Präsentationen und administrative Sitzungen des ISI und seiner Fachsektionen. Ein für die amtliche Statistik wichtiger Schwerpunkt des Kongresses war das Thema „Messung nachhaltiger Entwicklung durch die Statistik“ im Zusammenhang mit der neuen Entwicklungsstrategie der Vereinten Nationen. Allein hierzu fanden eine Plenarsitzung und mehrere themenbezogene Fachsitzungen statt. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt – auch in Verbindung mit der Messung nachhaltiger Entwicklung – war die Möglichkeit der Nutzung neuer Datenquellen (Big Data) durch die amtliche Statistik.

Das Statistische Bundesamt war mit mehreren Beiträgen auf der Tagung vertreten:

- Sibylle von Oppeln-Bronikowski lieferte mit ihrer Präsentation „How can the UN Fundamental Principles of Official Statistics strengthen the national statistical offices and statisticians in their practical work“ den zentralen Beitrag für die sich anschließende Podiumsdiskussion zur Einhaltung ethischer Grundsätze in der Statistik. Während die „Fundamental Principles“ der Vereinten Nationen die amtliche Statistik im Blick haben, müssen die ethischen Grundsätze des ISI auch die Statistik in Wissenschaft und Forschung abdecken.
- Thomas Riede ging in seinem Beitrag „Reform of the German System of Household Statistics“ auf das von ihm geleitete Projekt in der deutschen amtlichen Statistik ein.
- Dr. Erich Oltmanns trug mit einer Poster- und Kurzpräsentation zum Thema „Towards a Political Economy of Statistics“ einen Ansatz vor, der versucht, Elemente der ökonomischen Theorie der Politik (public choice, politische Ökonomie) auf die Tätigkeit der amtlichen Statistik anzuwenden. Kernelemente in diesem Ansatz sind die Informationsfunktion der amtlichen Statistik in demokratischen Gesellschaften, ihre institutionelle Gestaltung sowie Aspekte der statistischen Operationalisierung bzw. Adäquation. Der Ansatz ist das Ergebnis einer wissenschaftlichen Kooperation mit Prof. Klaus Heine von der Universität Rotterdam.



*Dr. Erich Oltmanns bei seinem Vortrag.*

Die deutsche Delegation, die von Vizepräsident Dieter Sarreither geleitet wurde, führte am Rande des Kongresses viele Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern anderer nationaler Statistikämter und der Statistikabteilungen internationaler Organisationen zur Zusammenarbeit auf internationaler und nationaler Ebene.

Informationen zur Konferenz sind abrufbar unter [www.isi-2015.org](http://www.isi-2015.org).

### Ausschuss für das Europäische Statistische System (AESS) und DGINS tagten in Lissabon



Am 25. September 2015 trafen sich die Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter der EU-Mitgliedstaaten und Eurostats zur 26. Sitzung des [Ausschusses für das Europäische Statistische System \(AESS\)](#) in Lissabon. Deutschland wurde vertreten durch Präsident Roderich Egeler, Vizepräsident Dieter Sarreither, Abteilungsleiterin Sibylle von Oppeln-Bro-

nikowski und Referatsleiterin Annette Pfeiffer, begleitet von der Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamtes, Dr. Christel Figgenger. Dem AESS ging traditionell die [Konferenz der Leiter der Statistischen Ämter der EU \(DGINS\)](#) voraus, diese tagte am 23. und 24. September 2015.

Der AESS billigte die Durchführungsverordnung der Kommission zum **Modul für Rechnungen des Sektors „Umweltgüter und -dienstleistungen“** gemäß der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen, betreffend die Bereiche:

1. Indikative **Übersicht der Umweltgüter und -dienstleistungen** (EGSS)
2. Technisches **Format für die Datenübermittlung**
3. Modalitäten, Aufbau und Periodizität der **Qualitätsberichte über die europäischen umweltökonomischen Gesamtrechnungen**

Eurostat betonte, dass die Übersicht der Umweltgüter und -dienstleistungen nur jene Produkte und Dienstleistungen enthalte, die einen hohen Anteil an der Beschäftigung und Wertschöpfung hätten und die Vergleichbarkeit demnach nicht gefährdet sei.

Der AESS billigte den Entwurf einer Durchführungsverordnung zum **Ad-Hoc-Modul der Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen in Europa (EU-SILC)**, mit der die sekundären Zielvariablen 2017 **zur Gesundheit allgemein und zur Gesundheit von Kindern** erhoben werden sollen. Dies sind zentrale Elemente der geplanten fortlaufenden Module Gesundheit und Kinder (insbesondere Gesundheit der Haushaltsmitglieder einschließlich der Kinder). In der Diskussion gab es inhaltliche Anmerkungen einzelner Mitgliedstaaten, u. a. zum wachsenden Umfang der Ad-hoc-Module verbunden mit einer zunehmenden Belastung für Befragte und statistische Ämter sowie zur Relevanz des Themas Gesundheit für EU-SILC. Eurostat betonte, dass eine Evaluierung der Ad-hoc-Module geplant sei, um das Problem der zunehmenden Belastung anzugehen.

Mit der **ESS Vision 2020** hatte sich schon die dem AESS vorgeschaltete DGINS-Konferenz schwerpunktmäßig beschäftigt. Grundlage war der Bericht der „Vision Implementation Group“ (VIG), die im Auftrag des AESS jene Risiken identifizieren, klassifizieren und bewerten sollte, die mit der Implementierung der ESS Vision 2020 verbunden sind, und die darüber hinaus Maßnahmen zur Risikominderung entwickeln sollte. Der Bericht wurde begrüßt. Eurostat sprach zudem die verschiedenen Informationsangebote hinsichtlich der Umsetzung der Vision an (z. B. [Themenwebseite](#), [Newsletter](#)).

In der Diskussion hoben einzelne Mitgliedstaaten bestimmte Aspekte hervor: Etwa, dass noch weiter über Grundprinzipien für einen Austausch von Mikrodaten und auch die Rolle der anderen nationalen Datenproduzenten (Other National Authorities, ONAs) zu diskutieren sei. Einzelne Mitgliedstaaten nahmen Bezug auf die Übertragung von Risikominimierung in spezifische Aktionsfahrpläne und die Umsetzung von speziellen Kommunikationsmaßnahmen. Auch müssten die shared services (Projekt „SERV“) mit

dem UN-Projekt „Common Statistical Production Architecture“ in Einklang gebracht werden. Eurostat sicherte zu, die Kommentare der AESS-Mitglieder in die Schlussfolgerungen aufzunehmen. Im Einklang mit den Ergebnissen der DGINS sah der AESS folgende Prioritäten: die Minderung der Risiken des Austauschs von Mikrodaten sowie einheitliche IT-Standards und eine sichere IT-Infrastruktur.

Es wurde anerkannt, dass Maßnahmen zur Risikominimierung in spezielle Aktionsfahrpläne übersetzt und Verantwortliche für einzelne Aktionen im ESS identifiziert werden sollen. Eine systematische Überwachung der Risiken und Maßnahmen wurde außerdem als sinnvoll erachtet, um den sich schnell verändernden Rahmenbedingungen des ESS gerecht zu werden.

Hinsichtlich der spezifischen Risiken des Austauschs von Mikrodaten bestand darüber hinaus Einigkeit, dass eine Stärkung des Vertrauens sowohl zwischen statistischen Ämtern als auch seitens der Bevölkerung in die Vertraulichkeit der Daten anzustreben sei. Ebenso müsse auch die Unterstützung von Befragten und politischen Entscheidungsträgern gesichert werden.

Eurostat legte dem AESS einen **Vorschlag zur Verlängerung des Europäischen Statistischen Programms 2013–2017 auf den Zeitraum 2018–2020** vor. Damit soll das Statistische Programm an die Laufzeit des mehrjährigen Finanzrahmens der EU (2014 bis 2020) angepasst werden. Eurostat ging im Wesentlichen auf drei Aspekte ein:

- (1) Eurostat verdeutlichte, dass von einer signifikanten Erhöhung des **Budgets** nicht auszugehen sei und zusätzliche Mittel voraussichtlich insbesondere in Forschung und Entwicklung fließen würden. Der AESS sprach sich für eine Ausweitung des aktuellen statistischen Programms mit Anpassungen bei erhöhtem Budget aus. Es wurde jedoch betont, dass diese Erhöhung nicht auf Kosten der nationalen Mittel stattfinden dürfe. Eurostat verwies auf die Grenzen des aktuellen mehrjährigen Finanzrahmens und die Notwendigkeit einer fundierten Begründung.
- (2) **ERIC (European Research Consortium)**: Mit dem Vorschlag zur Verlängerung des Statistischen Programms ist die Möglichkeit verbunden, dass Konsortien statistischer Ämter verschiedener Mitgliedstaaten als Empfänger von Zuschüssen nach der ERIC-Verordnung in Frage kommen. Ein ERIC-Modell für statistische Zwecke werde derzeit in der „ESS Task Force on Cooperation Models“ diskutiert.
- (3) **Fortschrittsberichte**: Eurostat verwies auf die neue Frist für den Schlussbericht, falls das Programm verlängert wird. Es käme ein Zwischenbericht im Jahr 2019 in Frage.

Darüber hinaus benannte Eurostat prioritäre Bereiche für Statistiken, etwa Sozialindikatoren, Bevölkerungsvorausberechnungen, Umweltökonomische Gesamtrechnungen und hob den Aspekt der Aktualität dieser Daten hervor. Einige Mitgliedstaaten bezeichneten die geplanten Aktivitäten von Eurostat (insbesondere hinsichtlich UGR und sozialen Indikatoren) als zu ambitioniert und stellten auch die Einführung eines „total quality management system“ in Frage. Demgegenüber seien bewährte Instrumente wie der Verhaltenskodex und die Quality Assurance Frameworks zu bevorzugen.

Der AESS unterstützte den Entwurf des Mehrjahresprogramms grundsätzlich. Die Forderung von Eurostat, das statistische Programm flexibel an neuen Bedarf anpassen zu können, wurde vom AESS anerkannt. Eurostat kündigte an, den Entwurf im Nachgang der Sitzung im Lichte der Anmerkungen und Kommentare zu überarbeiten.

Eurostat stellte ein formalisiertes Verfahren für das Etablieren und Implementieren von Standards im ESS vor, die nicht gesetzlich geregelt werden (**Zertifizierung nicht-legislativer Standards**). Der Vorschlag umfasst ein Steuerungsmodell mit dem AESS als Standardisierungsinstanz im Mittelpunkt und einen Fahrplan für die Umsetzung.

Mit dem Prozess sollen neue und bestehende Standards gebilligt werden. ESS-Standards werden als normative Dokumente verstanden, die im Konsens etabliert und von einem anerkannten Gremium bestätigt sind.

Der AESS begrüßte die Vorschläge zum Standardisierungsprozess, zum Fahrplan sowie den Ansatz für eine schrittweise Pilotierung und betonte die Bedeutung der Standardisierung für die Modernisierung der amtlichen Statistiken und die Vereinbarkeit mit den Zielen der Vision 2020. Auch die bessere Vergleichbarkeit von statistischen Ergebnissen durch Standards wurde hervorgehoben. Der AESS verständigte sich darauf, den Katalog der Standards und das Portfolio laufender Standardisierungsaktivitäten prioritär zu behandeln. Es bestand Einvernehmen über das vorgeschlagene Steuerungsmodell mit dem AESS als Autorität für die Standardisierung.

Die meisten Mitgliedstaaten äußerten sich grundsätzlich unterstützend zur Initiative für eine **neue Verordnung über europäische Erdgas- und Strompreisstatistiken**. Diese sieht eine verpflichtende Übermittlung der bisher freiwilligen Angaben zu Strom- und (Erd)Gaspreisen der Haushaltskunden vor, analog zum bisherigen Verfahren für industrielle Endkunden. Den Übergang von einer Richtlinie zu einer Verordnung nahm ein Mitgliedstaat zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass der AESS in rechtlichen Angelegenheiten, die die Mitgliedstaaten betreffen, das letzte Wort haben müsse. Eurostat sicherte zu, den AESS zu jedem neuen Regulierungsvorschlag zu konsultieren.

Der AESS nahm außerdem zahlreiche **Berichte** zur Kenntnis, darunter

- die Stellungnahme der Vorsitzenden des Europäischen Beratenden Ausschusses für Statistik (ESAC),
- den Bericht der Vorsitzenden der Partnerschaftsgruppe,
- den Bericht der luxemburgischen Ratspräsidentschaft über derzeit behandelte Rechtsakte,
- den Bericht über die Fortschritte bei der Durchführung des Peer Reviews im ESS,
- den Bericht über den Stand der Arbeiten in den Direktorengruppen.

Eurostat berichtete auch über die Implementierung der **Verordnung (EU) Nr. 557/2013** über den **Zugang zu EU-Mikrodaten für wissenschaftliche Zwecke**. Die Implementierung wurde als erfolgreich bezeichnet mit Blick auf die gestiegene Zahl der Einheiten, die als „Forschende“ anerkannt wurden. Interesse bestand vor allem an Sozialstatistiken, Arbeitskräfteerhebungen sowie an der Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Eurostat wies darauf hin, dass sich der Zugang bisher nicht als vollständig nutzerfreundlich etabliert habe und dass noch kein umfassendes Angebot an Informationsdiensten zur Verfügung stehe (z. B. Metadaten zu Mikrodaten). Eurostat kündigte an, an der Effizienz des Prozesses, der Erweiterung des Produktangebots und der Koordinierung mit anderen Stellen künftig verstärkt arbeiten zu wollen.

Der AESS befürwortete den **Entwurf des delegierten Rechtsakts der Kommission zur Bestimmung der Energieerzeugnisse** gemäß Anhang VI der Verordnung 691/2011 (**Modul für Rechnungen über physische Energieflüsse**). Dieser enthält eine Liste, die den Gegenstand dieser Statistiken festlegt und die internationale Vergleichbarkeit der Rechnungen über physische Energieflüsse gewährleisten soll.

Schließlich beschloss der AESS das von der DGINS ausgearbeitete [Lissabon-Memorandum](#). Es reflektiert im Wesentlichen die Auseinandersetzung mit dem Schwerpunktthema der DGINS, „Indikatoren für Entscheidungsfindung und Monitoring“ und nennt Kriterien für die Definition und Auswahl von Indikatoren, geht aber auch auf das Verhältnis von Politik und Statistik ein.

Die nächste Sitzung des AESS findet am 19. November 2015 in Luxemburg statt.

### Statistische Woche 2015 in Hamburg

Die Jahrestagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbandes Deutscher Städtestatistiker fand vom 15. bis 19. September 2015 an der Universität der Bundeswehr (Helmut-Schmidt-Universität) in Hamburg statt. Schwerpunktthema waren Statistische Indikatoren für das politische Monitoring.

Die Statistische Woche ist traditionell ein Ort der Begegnung von theoretisch-mathematischer und angewandter Statistik; letztere nicht zuletzt vertreten durch jene, die in den statistischen Ämtern tätig sind. So hielt Roderich Egeler als scheidender Präsident des Statistischen Bundesamtes eine der Eröffnungsansprachen. Darin zeigte er sich erfreut, dass die Erfahrung der statistischen Ämter aktuell auf politischer Ebene zum Tragen kommt, wenn es darum geht, die Annäherung an die soeben beschlossenen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen („Sustainable Development Goals“, SDG) anhand von statistischen Indikatoren zu überwachen.

Neben Roderich Egeler waren etliche weitere Beschäftigte von statistischen Ämtern mit Vorträgen an der Statistischen Woche beteiligt, so vom Statistischen Bundesamt Karen Blanke, Albert Braakmann, Pia Brugger, Dr. Nicole Buschle, Anja Crößmann, Matthias Eisenmenger, Dr. Susana Garcia-Diez, Dr. Iris Gönsch, Heike Habla, Stephanie Hirner, Moritz Mannschreck, Michael Neutze, Dr. Erich Oltmanns, Thomas Riede, Arne Schmidt, Bernd Schmidt, Peter Schmidt, Dr. Susanne Schnorr-Bäcker und Norbert Schwarz. Aus der amtlichen Statistik der Länder waren unter anderem Prof. Lothar Eichhorn (Niedersachsen), Helmut Eppmann (Hamburg), Dr. Michael Fürnrohr (Bayern), Prof. Ulrike Rockmann (Berlin) und Eckart Hohmann (Hessen) dabei.

Die nächste Statistische Woche wird vom 20. bis 23. September 2016 in Augsburg stattfinden, eines der Schwerpunktthemen wird dort „Migration und Integration“ sein.

### Statistischer Beirat: Stärkung der amtlichen Statistik in der Europäischen Union

Der Statistische Beirat hat in seiner Tagung am 24. Juni folgende Pressemitteilung beschlossen:

Die nationalen amtlichen Statistiken der EU-Mitgliedstaaten verschmelzen immer stärker zu einer europäischen Statistik. Die am 8. Juni 2015 in Kraft getretene Änderung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Statistiken VO (EG) Nr. 223/2009 soll die nationalen Statistikämter in die Lage versetzen, diese Integration zu gestalten.

Der Statistische Beirat begrüßt die Kernpunkte der geänderten Verordnung:

- Pflicht und Befugnis der nationalen Statistikämter, die Vorbereitung, Erstellung und Verbreitung europäischer Statistiken in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu koordinieren.
- Stärkung der Unabhängigkeit der nationalen Statistikämter und von Eurostat.
- Entlastung von Bürgern und Unternehmen durch erleichterte Nutzung von Verwaltungsdaten für Statistiken auf nationaler und europäischer Ebene.

Die langjährige Zusammenarbeit zwischen den Statistischen Ämtern der Länder und dem Statistischen Bundesamt ist ein Vorbild für die Koordination europäischer Statistiken, die künftig alle Produzenten europäischer Statistiken umfassen soll.

### Treffen des Statistischen Bundesamtes mit der Bundesbank zur Konjunkturanalyse und zur Saisonbereinigung

Am 21. und 23. Juli 2015 kamen Vertreterinnen und Vertreter der Deutschen Bundesbank zu einem Informationsaustausch ins Statistische Bundesamt. Beim ersten Treffen ging es um die Verwendung von Daten des Statistischen Bundesamtes in der Konjunkturprognose der Deutschen Bundesbank. Ihre geldpolitischen Entscheidungen stützt die Bundesbank auf umfangreiche Analysen und Vorausschätzungen, in welchen die Auftragseingangs-, Umsatz- und Produktionsindizes unseres Amtes eine wichtige Rolle spielen. Ebenfalls Thema waren die neuen Daten des Statistischen Bundesamtes zum Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe. Diese Daten sind für die Konjunkturprognosen sehr wichtig und lagen bisher nicht vor, so dass die Deutsche Bundesbank bisher auf Modellschätzungen angewiesen war. Mit den nun vorliegenden Daten könnten mittelfristig diese Modelle durch echte erhobene Daten abgelöst werden.

Beim zweiten Treffen ging es um die Saisonbereinigung und die dabei verwendete Software. Eurostat entwickelt zusammen mit den Nationalen Statistischen Ämtern und den Nationalen Banken die Saisonbereinigungs-Software „J-Demetra+“. Die Deutsche Bundesbank ist an diesem Projekt beteiligt und möchte zur Sicherung der Praxistauglichkeit die Anforderungen der Nutzer in den Fokus nehmen. Die IT-Fachleute der Bundesbank informierten sich daher, wie die Saisonbereinigung im Statistischen Bundesamt abläuft und welche Leistungsmerkmale bei einer Software für die Saisonbereinigung wünschenswert wären.



Von links: Dr. Heinz Stralla, Dr. René Söllner, Silvia Rossel, Dr. Sandra Jung, Dr. Stefan Linz, Dr. Andreas Lorenz (Bundesbank), Dr. Daniel Vorgrimler, Christiane Hofer (Bundesbank), Dr. Andreas Dietrich (Bundesbank), Jörg Meier (Bundesbank), Thomas Witthohn, Tanja Mucha, Siglinde Wolf-Göbel, Annette Eckes, Dirk Müller.

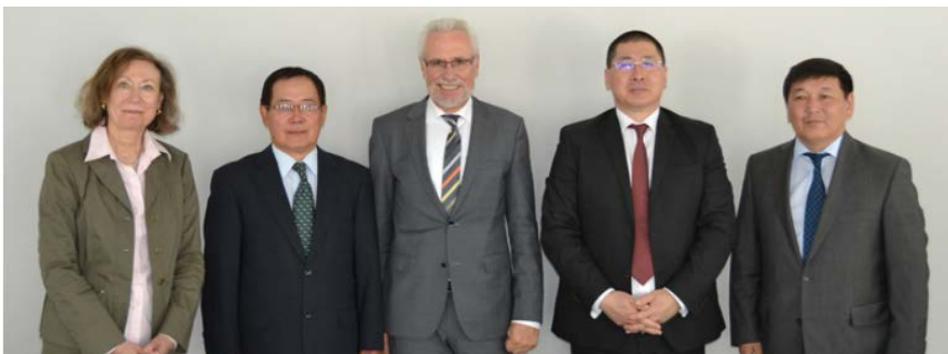
### Besuch von Wahlrechtsfachleuten aus Thailand



*Thailändische Delegation und deutsche Gastgeber im Gerhard-Fürst-Saal*

Am 30. Juli 2015 begrüßte Präsident Roderich Egeler in seiner Eigenschaft als Bundeswahlleiter gemeinsam mit der Leiterin seines Büros, Karina Schorn, eine 36-köpfige Delegation aus Thailand. Die Vertreterinnen und Vertreter der Wahlkommission, Mitglieder der Wahlbehörde sowie Delegierte aus der Politik wollten sich auf ihrer Reise durch Deutschland über die Organisation und Durchführung von Bundestagswahlen informieren. Dabei war ihr Interesse neben dem neuen Wahlrecht insbesondere auf Parteigründung, das Verfahren zur Parteienanerkennung für Wahlen sowie zur Kandidatenaufstellung gerichtet. Die Gäste hatten während ihrer Reise bereits unter anderem verschiedene Parteien und parteinahe Stiftungen besucht.

### Hochrangige Gäste aus der Mongolei



*Von links: Karina Schorn, Tsolmon Bolor, Roderich Egeler, Choinzon Sodnomtseren und Dugar-dorj Bayanduuren*

Im i-Punkt Berlin begrüßte der Bundeswahlleiter, Präsident Roderich Egeler, am 27. August 2015 den Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission der Mongolei, Ch. Sodnomtseren, und den amtierenden mongolischen Botschafter in Deutschland, Exzellenz Tsolomon Bolor. In Vorbereitung der Parlamentswahlen im Juni 2016 und vor dem Hintergrund von Novellierungsüberlegungen im Wahlrecht der Mongolei, das sich zum Teil an das deutsche Wahlrecht anlehnt, hatten die Vertreter eine Vielzahl von Fragen mitgebracht. Schwerpunkt der Themen bildeten dabei die Organisation von Parteien und ihre Finanzierung. Die Delegation hatte Gelegenheit, ihren Besuch anschließend noch bei der Landeswahlleiterin für Berlin abzurunden.

### „Europäische Statistiken“: Treffen der Datenproduzenten in Wiesbaden



*Annette Pfeiffer, Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Bernd Störtzbach und Thorsten Tümmler*

Neben dem Statistischen Bundesamt produzieren auch andere Institutionen in Deutschland Daten gemäß den EU-Lieferverpflichtungen („Europäische Statistiken“) und stellen diese Eurostat, dem Statistischen Amt der EU, für Zwecke der Erstellung von EU-Ergebnissen regelmäßig zur Verfügung.

Das Statistische Bundesamt nimmt hierbei, wie alle nationalen Statistischen Ämter der EU in ihren nationalen Statistiksystemen, eine Koordinierungsrolle wahr. Im Rahmen dieser Koordinierungsrolle finden regelmäßig Treffen mit diesen Institutionen, den sogenannten „Externen Datenproduzenten“ statt. Am 11. August 2015 traf sich dieser Kreis zum vierten Mal, wie stets bisher im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden.

Nach einer Einführung von Sibylle von Oppeln-Bronikowski informierte Bernd Störtzbach über die Anfang Juni dieses Jahres in Kraft getretene revidierte [Europäische Statistikverordnung \(EG\) Nr. 223/2009](#). Diese stellt die institutionellen Rahmenbedingungen zur Produktion Europäischer Statistiken noch klarer dar als die bisherige Verordnung und weist dabei den nationalen Statistikämtern eine stärkere Koordinierungsrolle zu. In enger Verbindung mit diesen rechtlichen Vorgaben stehen die von Bernd Störtzbach und Thorsten Tümmler präsentierten Ergebnisse des Peer Reviews 2014/15 im Europäischen Statistiksystem (ESS) und die daraus resultierenden Empfehlungen für eine verbesserte Koordinierung.

Die vom Statistischen Bundesamt unterbreiteten ersten Vorschläge für eine weiterhin partnerschaftliche Zusammenarbeit, ergänzt durch die neuen Elemente einer stärkeren Koordinierungsfunktion des Statistischen Bundesamtes, stießen auf breite Zustimmung. Es wurde vereinbart, das Konzept des Systems der zukünftigen Koordinierung mit der Zielstellung einer schriftlichen Vereinbarung zwischen den beteiligten Institutionen weiter zu spezifizieren. Darüber hinaus wurden zwei Expertengruppen gebildet, die sich mit der Umsetzung der Empfehlungen des ESS Peer Reviews in den Bereichen „Methoden und Qualität“ und „IT und Standards“ befassen sollen.

### KAZSTAT-Projekt: Komponente Außenhandelsstatistik abgeschlossen



*Gruppenbild der kasachischen Gäste mit Repräsentanten der deutschen Außenhandelsstatistik, vorn Mitte: Dr. Klaus Geyer-Schäfer, Leiter der Gruppe G 3 „Außenhandel“ bei Destatis.*

Sechs Beschäftigte des Statistikamtes von Kasachstan besuchten vom 17. bis 21. August 2015 die Gruppe Außenhandel des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden. Da Kasachstan Mitglied der Eurasischen Zollunion ist, zu der neben Russland und Weißrussland auch seit Jahresbeginn 2015 Armenien zählt, wurden während des Studienbesuchs schwerpunktmäßig Fragen und Methoden zur Intrahandelsstatistik erörtert. Die Gruppe G 3 „Außenhandel“ präsentierte Informationen zu den Grundsätzen der Außenhandelsstatistik, zu Erhebungskonzepten, Klassifikationen, Zuschätzungen und zur Nutzung von Daten der Steuerverwaltung für die Außenhandelsstatistik.

Auf besonderes Interesse der Gäste stießen die Live-Vorführungen der automatisierten Sachbearbeitung im Außenhandel (ASA) und der Eingangskontrolle der Daten am PC. Im Rahmen eines Spiegelvergleichs der Außenhandelsdaten wurden einige größere Abweichungen analysiert.

Die Abschlussbesprechung ergab, dass alle Fragen der kasachischen Kolleginnen und Kollegen ausführlich beantwortet werden konnten. Die Gäste betonten, dass sie an einer weiteren Zusammenarbeit über das Projektende hinaus interessiert sind.

Dieser Studienbesuch war eine Folgemaßnahme des Experteneinsatzes, der im Juni in Astana stattgefunden hat. Mit diesen beiden Maßnahmen ist die Komponente Außenhandelsstatistik des KAZSTAT-Projektes erfolgreich abgeschlossen.

### Der i-Punkt beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung



*Bundesminister Dr. Thomas de Maizière präsentiert den Klapp-Flyer „West und Ost im Zahlencheck“ mit Thomas Krebs (i-Punkt).*

Am Wochenende des 29. und 30. August 2015 lud die Bundesregierung zum 17. Mal zum „Tag der offenen Tür“ ein. Bundeskanzleramt sowie alle Bundesministerien hatten ihre Türen geöffnet und boten etwa 156 000 Besucherinnen und Besuchern die Gelegenheit, Einblicke in die Arbeit der politischen Entscheidungsträger in Berlin zu nehmen.

Der i-Punkt als Repräsentant des Statistischen Bundesamtes war – wie in den vorherigen Jahren – im Bundesministerium des Innern (BMI) mit einem Präsentationsstand vertreten. Neu war allerdings der Ort: Das BMI öffnete zum ersten Mal die Türen seiner neuen Liegenschaft am Moabiter Werder für die Öffentlichkeit. Auch konnten auf Grund des größeren Platzangebotes neue Veranstaltungsformate wie z.B. Live Hacking-Vorführungen in den Konferenzräumen des BMI und Fallschirmsprünge der GSG 9 angeboten werden.

Dank der unmittelbaren Nachbarschaft zum Bundeskanzleramt fiel die Besucherresonanz sehr gut aus und viele der rund 6 700 Gäste des BMI konnten am Stand des Statistischen Bundesamtes empfangen werden. Auf großes Publikumsinteresse stieß der anlässlich des Jubiläums „25 Jahre Deutsche Einheit“ entwickelte Klapp-Flyer „West und Ost im Zahlencheck“ sowie das interaktive Quiz „Deutschland in Zahlen“, das speziell zum Thema „25 Jahre Deutsche Einheit“ von den i-Punkt-Kolleginnen und -Kollegen entwickelt worden ist. Viele Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, intensiv mit dem Standteam des i-Punkt über ausgewählte gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland und die dazu verfügbaren Datenangebote zu diskutieren.

Stark im Besucherfokus standen aufgrund der aktuellen politischen Ereignisse vor allem Fragen zur „Zuwanderung“ und „langfristigen Bevölkerungsentwicklung“, die mit Hilfe der animierten Bevölkerungspyramiden und Veröffentlichungen zur 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung gut illustriert und beantwortet werden konnten.

Ein Highlight bildete am Sonntag der Rundgang von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, der sich über die statistischen Datenangebote informierte und in den direkten Dialog mit Standbesucherinnen und -besuchern trat.

### Besuch von der Europäischen Zentralbank

Der Leiter der Statistischen Abteilung der Europäischen Zentralbank (EZB), Aurel Schubert, sein Vertreter, Werner Bier, sowie zwei weitere Kollegen der EZB besuchten am 10. September Präsident Roderich Egeler und Vizepräsident Dieter Sarreither im Statistischen Bundesamt.



*Dieter Sarreither, Aurel Schubert, Roderich Egeler und Werner Bier*

Die Treffen werden seit einigen Jahren in regelmäßigen Abständen durchgeführt und dienen dem gegenseitigen Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen beiden Häusern.

Berichtet wurde über die derzeit aktuellen Themen der Wirtschafts- und Konjunkturstatistiken, insbesondere über den Sachstand der Umsetzung des Europäischen

Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) einschließlich aktueller Pläne zur möglichen Revision des System of National Accounts (SNA 2008). Es wurde über Einzelaspekte der Rechnungslegung in der VGR allgemein gesprochen und über detailübergreifende Aspekte, wie zum Beispiel die Qualitätssicherung. Der Sachstand zur Umsetzung der Rahmenverordnung FRIBS, mit der bisherige Einzelverordnungen zur Unternehmensstatistik in eine Verordnung zusammengefasst werden sollen, wurde vorgestellt.

Das Thema der Kommunikation mit den Nutzern und der Öffentlichkeit ist für beide Institutionen wichtig und ein Thema, das sich den laufenden Anforderungen immer wieder neu stellen muss. Wichtig hierbei ist es, allen Nutzern gerecht zu werden und das Alleinstellungsmerkmal fundierter Statistiken weiterhin erfolgreich zu vermitteln.

Die geplante ESS Vision 2020 zur Optimierung sämtlicher Prozesse in der Statistik und der ESS Peer Review in dessen Auswirkungen waren strategische Themen, ebenso als abschließender Punkt die geplante Novellierung des Bundesstatistikgesetzes (BstatG).

### Türkischer Botschafter im Statistischen Bundesamt

Auf Initiative der türkischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland traf sich Präsident Roderich Egeler am 15. September 2015 mit dem türkischen Botschafter Hüseyin Avni Karslıoğlu im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Deutschland und die Türkei verbindet eine langjährige Partnerschaft im Bereich der Statistik, die unter anderem in der Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an drei Kooperationsprojekten zur Unterstützung der amtlichen Statistik in der Türkei von 2004 bis 2014 ihren Ausdruck fand.

Botschafter Karslıoğlu, der in seiner Kindheit in Donaueschingen hervorragend Deutsch gelernt hat, erschien in Begleitung des aktuellen türkischen Generalkonsuls Ufuk Ekici und seines designierten Nachfolgers Mustafa Çelik.

Vom Statistischen Bundesamt nahmen weiterhin Bernd Störtzbach, Leiter B 1 „Internationale Kooperation“, sowie Ringo Raupach, (Referat B 104 „Bilaterale und internationale Kooperation, Berichtssysteme“), an dem Gespräch teil.

Der Botschafter zeigte großes Interesse am Datenangebot des Statistischen Bundesamtes und stellte vertiefende Fragen, insbesondere zur Preisstatistik, zur Bürokratiekostenmessung und zu den Ergebnissen des Zensus. Ein besonderes Augenmerk legte er auf die Vergleichbarkeit statistischer Daten zwischen Deutschland, anderen EU-Staaten und der Türkei. Außerdem war die Delegation sehr an Daten zu türkischen und türkischstämmigen Erwerbstätigen und Selbständigen in Deutschland interessiert.



*Präsident Egeler mit Botschafter Karslıoğlu*

### Twinning-Projekt mit Aserbaidtschan beginnt

Am 23. September 2015 ist der Projektvertrag für das neue EU-Twinning-Projekt „Support to the State Statistical Committee in Modernisation of the National Statistics System of the Republic of Azerbaijan in line with European standards“ mit dem aserbaidtschanischen Statistikamt in Kraft getreten. Die Durchführungsphase des Projekts soll mit der Arbeitsaufnahme des bulgarischen Langzeitberaters in Baku am 19. Oktober 2015 beginnen. Arslan Ahmedov aus dem bulgarischen Statistikamt wird dann für die folgenden 24 Monate die Projektdurchführung vor Ort koordinieren.



Das EU-finanzierte Projekt knüpft an ein erstes Twinning-Projekt an, das von 2009 bis 2012 durchgeführt wurde, und dient der Weiterentwicklung des aserbaidtschanischen Statistiksystems, insbesondere durch die Harmonisierung der aserbaidtschanischen Statistiken mit den EU-Standards in den Bereichen:

- Qualitätsmanagement (SQMS),
- Geographisches Informationssystem (Geographical Information System, GIS),

## Veranstaltungen und Besuche

---

- Haushalterhebungen, Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC),
- Statistiken über Menschen mit Behinderungen und
- Tourismusstatistiken.

Das Projekt wird unter der Leitung des Statistischen Bundesamtes zusammen mit dem bulgarischen Statistikamt als Juniorpartner durchgeführt. Weiterer Partner des Projekts ist das niederländische Statistikamt. Darüber hinaus werden Experten aus den Statistikämtern Sloweniens, Dänemarks, Kroatiens und Lettlands sowie aus den Statistischen Landesämtern Berlin-Brandenburg, Nord und Bremen eingesetzt.

Die Umsetzung des Projekts erfolgt im Rahmen von insgesamt 64 Beratungsmaßnahmen, hierfür stellt die Europäische Union ein Gesamtbudget von rund 1,18 Mio. Euro bereit.

### Besuch aus Südkorea

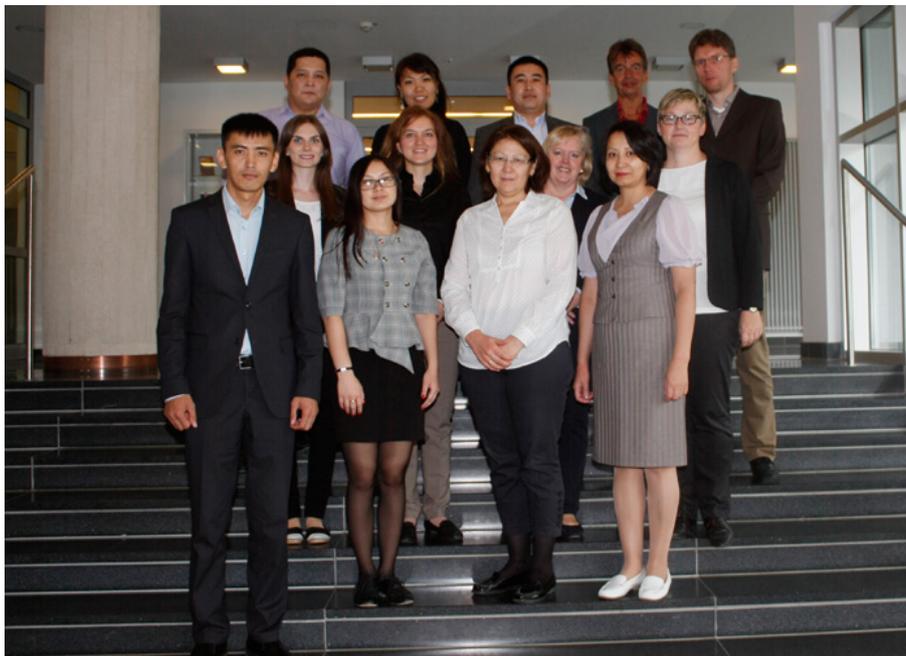
Am 24. September 2015 besuchten ein Vertreter aus dem südkoreanischen Statistikamt (KOSTAT) und Dr. Yhee (FU Berlin) das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Auf Wunsch der koreanischen Seite wurde das Thema „Aspekte der deutschen Wiedervereinigung im Bereich Statistik“ vorgestellt. Bernd Störtzbach als zuständiger Leiter der Gruppe B 1 „Internationale Kooperation“ begrüßte die Gäste aus Südkorea.



Von links: Simone Koll (B 105), Bernd Störtzbach (B 1-int.), Junoh Park (Statistics Korea), Rudolf Janke (ehem. D 2), Dr. Jean Yhee (Freie Universität Berlin), Larissa Hahn (Praktikantin B 105), Guli Babadjanova (B 105)

Fachlich leitete Rudolf Janke (ehemaliger Gruppenleiter „Arbeitsmarktstatistik“) den Besuch und stellte Junoh Park den Prozess der Umgestaltung der deutschen Statistik im Zuge der Wiedervereinigung aus Sicht des Statistischen Bundesamtes vor. Ergänzend wurden die Erfahrungen der deutschen Wiedervereinigung aus Sicht eines Statistischen Landesamtes von Sabine Gosch präsentiert, Referatsleiterin „Datenerhebung bereichsübergreifende Statistiken“ des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen.

### Astana – Wiesbaden – Bremen: Große Inforeise



*Die kasachische Delegation mit Dr. Kai Lorentz und Frank Brunßen (obere Reihe, v.l.n.r.); 2. Reihe v.l.n.r.: Larissa Hahn, Guli Babadjanova, Lilli Kehl (Dolmetscherin), Birgit Horneffer*

Sieben Statistiker des kasachischen Statistikkomitees besuchten vom 14. bis 19. September 2015 das Statistische Bundesamt in Wiesbaden sowie das Statistische Landesamt Bremen. Die kasachischen Teilnehmer sind in den Abteilungen für statistische Methoden und für Haushaltsbefragungen im kasachischen Statistikamt CS beschäftigt. Die Fachgespräche konzentrierten sich insbesondere auf die Stichprobenermittlung in Haushaltsbefragungen und standen unter der Leitung von Birgit Horneffer (Referat C 103 „Mathematisch-statistische Verfahren für Bevölkerung, Finanzen, Steuern, Wahlen“) und Dr. Kai Lorentz (Referat C 102 „Mathematisch-statistische Verfahren für Preise, Verdienste, Dienstleistungen“). Weitere Themen beinhalteten die angewandten Methoden in den Haushaltsstatistiken, darunter den Mikrozensus, die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) und die Befragung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Erhebung).

Der zuständige Abteilungsleiter des Bremer Landesamtes, Markus Habig, und seine Kollegin Joanna Ronowski stellten den Gästen aus Astana die praktischen Aspekte sowie die Durchführung der oben genannten Befragungen vor. Frank Brunßen (Referat D 301 „Agrar-, Bau- und Immobilienpreise“) präsentierte das neue Projekt zur Weiterentwicklung des Systems der Haushaltstatistiken (WSH), das die Harmonisierung der Haushaltserhebungen vorsieht.

Regen und konstruktiver Austausch zeigte die Parallelen in den Methoden auf. Schnell wurde deutlich, dass beide Seiten mit ähnlichen Herausforderungen in der Feldarbeit konfrontiert sind. Die kasachischen Kollegen reisten dann auch mit vielen wertvollen Erkenntnissen auf methodischer und praktischer Ebene, die bei einem Experteneinsatz von Dr. Kai Lorentz und Dr. Sven Schmiedel (beide aus dem Referat C 102 „Mathematisch-statistische Verfahren für Preise, Verdienste, Dienstleistungen“) im Oktober in Astana vertieft werden sollen, zurück.

### Indikatoren für die UN-Nachhaltigkeitsagenda



© UN Photo/Jean-Marc Ferré

*Ban Ki-moon, Generalsekretär der Vereinten Nationen*

Vom 25. bis 27. September 2015 fand in New York der UN-Nachhaltigkeitsgipfel statt. Dort wurde von den Staats- und Regierungschefs die „2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Mit den sogenannten „Sustainable Development Goals“ (SDGs) verpflichten sich die UN-Mitgliedstaaten, bis 2030 die Lebensverhältnisse heutiger und künftiger Generationen zu verbessern, den Planeten Erde zu schützen, den Frieden zu sichern und nachhaltig zu handeln.

Im Abschlussdokument des Gipfeltreffens wurde auch die wichtige Rolle der amtlichen Statistik festgeschrieben. Sie wird unter Leitung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (UNSC) Indikatoren entwickeln, die die jeweiligen Fortschritte bei der Umsetzung der Ziele messen sollen. Die amtliche Statistik verfügt über die notwendige Neutralität und Unabhängigkeit, um für das Monitoring objektive Daten zur Verfügung zu stellen. Die UNSC hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt (IAEG-SDGs), die bis März 2016 einen Vorschlag für ein Indikatorenset vorlegen wird. Deutschland, vertreten durch das Statistische Bundesamt, gehört zu den 28 Mitgliedern der IAEG-SDGs.

Über die weitere Entwicklung der Indikatoren und die Umsetzung der SDGs berichtet das Statistische Bundesamt im Internetangebot unter [2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung](#).

.

### Bürger mit öffentlicher Verwaltung überwiegend zufrieden



„Die Bürgerinnen und Bürger sind überwiegend zufrieden mit der öffentlichen Verwaltung in Deutschland“, dies erklärte Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamts, am 19. August 2015 auf einer Pressekonferenz, bei der er die Ergebnisse einer Zufriedenheitsbefragung zu behördlichen Dienstleistungen in verschiedenen Lebenssituationen vorstellte. Die Befragung führte das Statistische Bundesamt im Rahmen der Regierungsinitiative „amtlich einfach – Staat der kurzen Wege“ durch. Auf einer Skala von - 2 (sehr unzufrieden) bis + 2 (sehr zufrieden) liegt der Gesamtindikator bei 1,06.

In den 22 untersuchten Lebenslagen fällt die Bewertung der jeweiligen öffentlichen Dienstleistungen unterschiedlich aus. Die notwendigen Behördengänge werden in der Situation einer Eheschließung mit 1,46 besonders gut

bewertet. Auch im Rahmen eines Umzugs und der Fahrzeuganmeldung ist die Wahrnehmung bei den Betroffenen überwiegend gut. Die Kontakte mit Behörden bei Arbeitslosigkeit und bei finanziellen Problemen schneiden nicht so gut ab, erreichen aber mit 0,37 immer noch einen positiven Wert.

Die Befragung ermittelte außerdem die Bedeutung verschiedener Faktoren, die die individuelle Zufriedenheit beeinflussen. So ist den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen in die Verwaltung am wichtigsten, wie auch die Diskriminierungsfreiheit und Unbestechlichkeit besonders bedeutend eingeschätzt werden. Sehr wichtig ist auch die Fachkompetenz der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in den Behörden. Mit diesen Faktoren waren die Befragten auch überdurchschnittlich zufrieden. Weniger zufrieden zeigten sich die Bürgerinnen und Bürger mit der Verständlichkeit des Rechts im Allgemeinen und der Formulare und Anträge im Besonderen.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Wahrnehmung der Verwaltung in der Öffentlichkeit spürbar zu verbessern und die Bürokratie zu vereinfachen. Die Ergebnisse der Befragung zeigen Handlungsfelder auf. Die Verständlichkeit der Formulare und Anträge hat sich dabei neben der Verständlichkeit des Rechts und den Informationen zu notwendigen Verfahrensschritten als besonders dringlich herausgestellt. Die Bewertung des Einflussfaktors Verständlichkeit der Formulare und Anträge schwankt allerdings sehr stark, beim Erwerb des Führerscheins erreicht der Wert noch gute 1,22 auf der Skala von - 2 (sehr unzufrieden) bis + 2 (sehr zufrieden), während in der Situation finanzieller Probleme eine Unzufriedenheit von - 0,08 vorliegt.

Der Bericht zur Zufriedenheitsbefragung wurde dem Koordinator der Bundesregierung für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, Staatsminister Dr. Helge Braun, MdB, übergeben. Er steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (Pressebereich) zum Download zur Verfügung. Ergänzende Informationen zur Regierungsinitiative „amtlich einfach – Staat der kurzen Wege“ und zu den untersuchten Lebenslagen finden sich auf der Seite [www.amtlich-einfach.de](http://www.amtlich-einfach.de).

Staatsminister Dr. Helge Braun sagte in einer ersten Einschätzung der Zahlen: „Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind mit der Verwaltung und ihren behördli-

chen Dienstleistungen insgesamt sehr zufrieden. Das ist ein gutes Signal! Besonders freut mich, dass die Zufriedenheit bei der Unbestechlichkeit und der Neutralität der Behörden am höchsten ist. Deutschland hat ein ausgesprochen gut funktionierendes Rechtssystem mit hohen Standards und transparenten Entscheidungswegen.

In einigen Bereichen können wir uns aber noch verbessern: Die Bürger wünschen sich, dass die Verständlichkeit der Informationen und des zugrundeliegenden Rechts erhöht wird. Wir müssen uns fragen, was wir tun können, um Informationsangebote bürgernäher zu formulieren und insgesamt verständlicher zu gestalten. Die führt zu einer höheren Akzeptanz von Entscheidungen.

Auch in vielen anderen Bereichen geben uns die Ergebnisse der Befragung Anlass zur genauen Analyse. Man erkennt eine Tendenz, dass die Befragten in existenziellen Notlagen, wie zum Beispiel im Falle von Arbeitslosigkeit oder bei finanziellen Problemen, weniger zufrieden mit den Dienstleistungen und Informationsangeboten von Behörden sind. Hier müssen wir uns fragen, was die Ursache dafür ist. Alle Betroffenen sind gefordert, eine genaue Analyse vorzunehmen und alle Möglichkeiten zur Verbesserung zu nutzen.“

## Gesamtkatalog 2015

Der [Gesamtkatalog](#) bietet einen Überblick über die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes zum Stand: 15. September 2015. Unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) stehen die aktuellen Publikationen zum Download bereit. Einige Veröffentlichungen können auch als gedruckte Fassung bezogen werden. Der Gesamtkatalog soll zur Orientierung dienen und die Suche nach Publikationen im Internet unterstützen. Die Veröffentlichungen in diesem Katalog sind in drei große Kategorien unterteilt:

- Querschnittsveröffentlichungen (z. B. Statistisches Jahrbuch, Wirtschaft und Statistik)
- Fachveröffentlichungen (Broschüren, Fachserien, Fachberichte, thematische Tabellenbände)
- Klassifikationen und Verzeichnisse

Außerdem enthält der Gesamtkatalog die Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters und des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.



### Neue Veröffentlichung „25 Jahre Deutsche Einheit“ Wandel im Bereich Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft statistisch betrachtet



Die Veröffentlichung „[25 Jahre Deutsche Einheit](#)“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zeigt, wie sich Deutschland seit der Wiedervereinigung verändert hat. Die wichtigsten Entwicklungen im Bereich Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Wohnungsbau stellten Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes, Dr. Christel Figgenger, Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamtes, und Rudolf Frees, Vorstand des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, auf einer [Pressekonferenz](#) am 29. September 2015 in Berlin vor.

Der Verlust von etwa 2 Millionen Menschen in den neuen Ländern (ohne Berlin) lag in der Abwanderung nach Westdeutschland und im Geburtendefizit begründet: Bis 2013 zogen mehr Menschen aus dem Osten weg als zuzogen.

In den Jahren 2012 (–14 900 Personen) und 2013 (– 10 500) hat sich der negative Wanderungssaldo jedoch stark verringert und ist 2014 auf den bisher niedrigsten Stand gesunken (– 3 300).

Die Zahl der Geburten sank in den neuen Ländern zwischen 1990 und 1994 um mehr als die Hälfte von 163 000 auf 71 000. Danach nahm die Zahl der Neugeborenen jedoch wieder leicht zu und lag seit 2000 bei rund 100 000 Kindern pro Jahr. Diese Entwicklungen führten in Ostdeutschland zu einer schnelleren Alterung der Gesellschaft: 63 % der dortigen Bevölkerung waren 2013 älter als 40 Jahre (1991: 46 %). In den westlichen Flächenländern nahm die Bevölkerung hingegen um gut 4 % zu dazu trug die Zuwanderung aus den neuen Ländern und vor allem aus dem Ausland bei.

Den gesamtdeutschen Arbeitsmarkt prägten nach der Einheit Phasen mit hoher Arbeitslosigkeit, tiefgreifenden Arbeitsmarktreformen und ein Rekordniveau der Beschäftigung heute.

Zum Zeitpunkt der Vereinigung war die Wirtschaftskraft der alten und neuen Bundesländer sehr verschieden. Die Wirtschaftsleistung in den neuen Bundesländern hat seitdem aber aufgeholt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg von 1 535 Milliarden Euro im Jahr 1991 (bewertet mit damaligen Preisen) auf rund 2 738 Milliarden Euro im Jahr 2013. Preisbereinigt ist das BIP seit der Vereinigung um etwa ein Drittel gestiegen.

Das Programm „Aufbau Ost“ sorgte in den Jahren nach der Wiedervereinigung für einen Boom im Wohnungsbau. Auf dem Höhepunkt des Baubooms in den neuen Bundesländern im Jahr 1997 befand sich mehr als ein Viertel aller in Deutschland fertiggestellten Wohnungen in den ostdeutschen Flächenländern. Insgesamt wurden seit 1991 knapp 8 Millionen neue Wohnungen in Deutschland gebaut – fast zwei Drittel davon in den bevölkerungsreichen Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.



## Heterogene Datenlandschaft zu „Flucht und Asyl“: Ein Überblick über Produzenten und Angebote

Der Zustrom von Asylbewerbern und sonstigen Schutzsuchenden rückt die amtlichen Daten zum Thema Flucht und Asyl ins öffentliche Interesse. Diese Daten sind jedoch bisher nicht an einer Stelle verfügbar und trotz erster Bemühungen des Statistischen Bundesamtes noch nicht optimal aufeinander abgestimmt.

### **BAMF führt Geschäftsstatistik über Asylanträge**

Ein wichtiger Lieferant amtlicher statistischer Daten zum Thema Asyl und Flucht ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das BAMF veröffentlicht monatlich aktualisierte Daten zur Entwicklung der in der Bundesrepublik gestellten Asylanträge, den zehn zugangsstärksten Herkunftsländern der Antragsteller, den vom Bundesamt getroffenen Entscheidungen über die Asylanträge sowie statistische Daten zu gestellten Übernahme-Ersuchen im Dublinverfahren (Feststellung, welcher EU-Staat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist). Die Statistiken geben zudem darüber Auskunft, wie sich die Daten im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entwickelt haben.

Nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz ist das BAMF im Bereich der Asylstatistiken nationaler Datenlieferant für die Europäische Kommission (Eurostat). Die Asylstatistiken des BAMF sind keine Bundesstatistiken, sondern Geschäftsstatistiken der für Asylverfahren zuständigen Behörde auf Basis des Asylverfahrensgesetzes.

### **Statistische Ämter werten Leistungen an Asylbewerber aus**

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die – zusammen mit den statistischen Ämtern der Länder aus Daten der Sozialämter erhobene – jährliche Statistik zu „Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen“ (EVAS 22211) sowie die Statistiken über „Empfänger von Asylbewerberleistungen“ zum Stichtag 31.12. jedes Jahres (EVAS 22221) und der „Empfänger von besonderen Asylbewerberleistungen“, ebenfalls jährlich (EVAS 22231), sowie die vierteljährliche „Statistik der Empfänger von Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ (EVAS 22251). Die Daten sind in der [Fachserie 13, Reihe 7](#) veröffentlicht.

Diese Leistungsstatistiken können aber nicht den aktuellen Rand abbilden und decken konzeptbedingt auch nicht Leistungen an unbegleitete Minderjährige ab, die als Asylbewerber einreisen und aus Mitteln der Kinder- und Jugendhilfe unterstützt werden.

### **Statistisches Bundesamt wertet Ausländerzentralregister aus**

Alle Asylbewerber, auch jene, die ohne vollständige Papiere einreisen, werden vom BAMF im Ausländerzentralregister (AZR) registriert. Für das AZR ist das BAMF als Registerbehörde zuständig; die technische Betreuung liegt beim Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln. Auch alle sonstigen Schutzsuchenden, z. B. Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder Kontingentflüchtlinge, sind im AZR mit ihrem jeweiligen Status registriert. Dies ist entweder durch das BAMF oder eine Ausländerbehörde erfolgt. Im AZR sind alle Ausländer und Ausländerinnen registriert, die keinen deutschen Pass haben und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Die Meldung der Daten an das AZR erfolgt durch die jeweiligen Ausländerbehörden, die zumeist auf Kreisebene angesiedelt sind.



Auf Basis des AZR veröffentlicht das BAMF vierteljährlich den „[Wanderungsmonitor](#)“, der Informationen über den Aufenthalt ausländischer Staatsbürgerinnen und -bürger in Deutschland zum Zweck der Erwerbstätigkeit enthält („Erwerbsmigration“).

Auf Basis einer Auswertung des AZR veröffentlicht das Statistische Bundesamt jährlich die als Bundesstatistik durchgeführte Ausländerstatistik (EVAS 12521; „[Ausländische Bevölkerung](#)“, [Fachserie 1 Reihe 2](#)). Sie berichtet über die in Deutschland jeweils zum Jahresende ansässigen Ausländerinnen und Ausländer. Tabelliert werden unter anderem Staatsangehörigkeit, Familienstand, Alter und Geschlecht sowie Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus und Aufenthaltstitel. Darüber hinaus liegen Angaben zu Zuzügen und zu in Deutschland geborenen ausländischen Kindern, sowie zu Fortzügen und zu Sterbefällen in der ausländischen Bevölkerung vor. „Ausländer“ im rechtlichen Sinne sind alle in Deutschland lebenden Personen, die ausschließlich einen ausländischen Pass besitzen. Zuwanderer mit ausschließlich deutschem Pass sowie Doppelstaatler und ihre Nachkommen gelten nicht als Ausländer. Sie sind daher nicht im Ausländerzentralregister registriert und werden nicht in der Ausländerstatistik ausgewiesen.

#### **Informationen über Zuwanderung aus der laufenden Bevölkerungsstatistik**

Nach Deutschland eingewanderte Menschen – seien sie Asylbewerber oder nicht – unterliegen der Meldepflicht und werden daher auch von der laufenden Bevölkerungsstatistik erfasst, die auf den Meldedaten beruht. Zwischen Asylantrag und Anmeldung bei der Meldebehörde kann jedoch einige Zeit vergehen, so dass die statistischen Zahlen zu Asylanträgen und Bevölkerungsstatistik nicht parallel laufen.

Schließt sich an die Zuwanderung eine Einbürgerung an, so spiegelt sich dies in der [Einbürgerungsstatistik \(EVAS 12511, Fachserie 1 Reihe 2.1\)](#). Diese Bundesstatistik beruht auf den jeweils zum 31. Dezember eines Jahres ausgewerteten Angaben der Einbürgerungsbehörden der Länder. Es werden die in Deutschland im Laufe des Berichtsjahres vollzogenen Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern nach bisheriger Staatsangehörigkeit, Rechtsgrund der Einbürgerung, Aufenthaltsdauer, Alter, Familienstand und nach fortbestehender bzw. nicht fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit nachgewiesen.

Die „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ in Deutschland wird im Wesentlichen jährlich auf Basis des Mikrozensus nachgewiesen ([Fachserie 1 Reihe 2.2](#)).

#### **EU-Daten zu Asyl und Flüchtlingen bei Eurostat**

Amtliche statistische Daten zum Thema Asyl und Flüchtlinge in der EU stellt Eurostat in seiner [Eurostat Datenbank](#) bereit. Die Eurostat-Daten für Deutschland können von den nationalen Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge abweichen. Zu beachten ist zum Beispiel, dass die EU-Gesamtzahl der gestellten Asylanträge Erst- und Folgeverfahren umfasst, da nicht alle EU-Mitgliedstaaten diese Zahlen getrennt aufschlüsseln. Sollten innerhalb eines Monats mehrere Asylanträge gestellt werden (Erst- und anschließendes Folgeverfahren), zählt die EU nur einen Antrag; gleiches gilt für getroffene Entscheidungen im Quartal. Entscheidungen zum Dublinverfahren, Verfahrenseinstellungen und Rücknahmen werden von Eurostat nicht als Entscheidungen gezählt.

#### **Koordinierung nötig**

Um die bestehenden Probleme zu erkennen und abzustellen – darunter auch die widerspruchsfreie Anwendung von Aufenthaltsgesetz und Asylverfahrensgesetz in Bezug auf die Ermittlung der Einwohnerzahl – strebt das Statistische Bundesamt rasch Gespräche mit den zuständigen Behörden (vor allem dem BAMF) an. Insgesamt ist die Harmonisierung der Datenlandschaft zur Migration eine wichtige Aufgabe des Statistischen Bundesamtes.



## Großes Interesse an Daten zur Generation 65+



*Kristina Kott (L H 304), Klaus Pöttsch (L B301), Präsident Roderich Egeler, Julia Weinmann (F 203), Frank Schüller (L F 205)*

Präsident Roderich Egeler informierte gemeinsam mit Julia Weinmann (Referat F 203 „Haushalte und Familien), Frank Schüller (Referat F 205 „Veröffentlichungen und Nutzerservice zum Arbeitsmarkt) und Kristina Kott (Referat H 304 „Veröffentlichungen, Analysen, Öffentlichkeitsarbeit, Internationale Kontakte“) in einer gut besuchten Pressekonferenz am 29. Juli 2015 die Medienvertreterinnen und -vertreter unter der Überschrift „Die Generation 65+ in Deutschland.“

Anhand von aktuellen Daten und zeitlichen Vergleichen wurden die vielfältigen Lebenswelten der Seniorinnen und Senioren in Deutschland veranschaulicht. Dabei werden die Themen Lebensformen, Arbeitsmarkt, Einkommenssituation, Armut, Bildung, Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie, Freizeit, Straßenverkehr, Gesundheit und Pflege behandelt. An der Vorbereitung der Pressekonferenz waren insgesamt 10 Referate des Statistischen Bundesamtes beteiligt. Moderiert wurde die Pressekonferenz wie immer vom Pressesprecher Klaus Pöttsch (Referat B 301 „Pressestelle“).

Die Kernbotschaften: Die Zahl der älteren Erwerbstätigen ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Im vergangenen Jahr gingen in Deutschland 14 % der Menschen im Alter von 65 bis 69 Jahren einer bezahlten Arbeit nach. 2005 waren es noch 6 %. Mit zunehmendem Alter gewinnt außerdem die Selbstständigkeit in der Arbeitswelt an Bedeutung. Rund 39 % der erwerbstätigen Menschen im Alter von 65 bis 69 Jahren waren im vergangenen Jahr selbstständig oder mithelfende Familienangehörige. Bei den 60- bis 64-Jährigen lag der Anteil bei 16 %. Weitere [Informationen zur Pressekonferenz](#) sind online verfügbar.

Auch das Hintergrundgespräch, das im Anschluss im i-Punkt Forum von Beate Bork (Referat B i-Punkt 101 „Hauptstadtsservice, Zentraler Auskunftsdienst“) moderiert wurde, war trotz Sommerferien überaus gut besucht. Über 50 Vertreterinnen und Vertreter aus Ministerien, Bundestag, Verbänden und Wissenschaft hatten sich angemeldet. Ergänzend zum Statement von Präsident Roderich Egeler gab Daniel O'Donnell (Referat B i-Punkt 102 „Internationale Statistik, Kundenmanagement“) einen kurzen Überblick zur [Generation 65+ im europäischen Vergleich](#).



## Direktorengruppe für Sozialstatistiken (DSS) diskutierte die geplante Rahmenverordnung für EU-Sozialstatistiken

Vom 15. bis 17. September tagte unter Vorsitz von Gallo Gueye, Leiter der Abteilung Sozialstatistiken bei Eurostat, in Luxemburg die „Direktorengruppe für Sozialstatistiken“ (DSS). In ihr sind die statistischen Ämter der Mitgliedstaaten auf Abteilungsleitungsebene vertreten. Für Deutschland nahmen teil: Dr. Sabine Bechtold (Leiterin der Abteilung F „Bevölkerung, Finanzen und Steuern“ im Statistischen Bundesamt), Dr. Ruth Brand (Leiterin der Abteilung H „Gesundheit, Soziales, Bildung, private Haushalte“ im Statistischen Bundesamt) und Andreas Büdinger, Abteilungsleiter im Hessischen Statistischen Landesamt. An der Sitzung nahmen auch Vertretungen anderer Mitgliedstaaten teil sowie Vertretungen der Europäischen Zentralbank und des European Statistical Advisory Committee (ESAC).

Die Weiterentwicklung der europäischen Sozialstatistiken zu einem integrierten System und die Vorbereitung des dazu nötigen Rahmenrechtsaktes standen im Mittelpunkt.

### Datenlücken in den Arbeitsmarktstatistiken

Eurostat stellte die „Datenlücken“ in der Arbeitsmarktstatistik vor, die vor allem von der Arbeitsgruppe des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) über allgemeine Wirtschaftsstatistik sowie die Generaldirektionen Beschäftigung, Soziales und Integration (DG EMPL) und Wirtschaft und Finanzen (ECFIN) über das ESAC an das Europäische Statistische System (ESS) herangetragen wurden. Wesentlich für das ESAC sind dabei Arbeiten zu Statistiken der Mobilität am Arbeitsmarkt, während der Vertreter der EZB vor allem die Bedeutung der Statistik der offenen Stellen hervorhob. Die Mitgliedstaaten begrüßten überwiegend die Zusammenstellung und die Schwerpunktsetzung auf offene Stellen. Fragen wurden vor allem zu technischen Aspekten gestellt.

### Rahmenverordnung für Europäische Sozialstatistiken (IESS – Integrated European Social Statistics)

Eurostat stellte den Stand der Arbeiten zum Entwurf der geplanten Rahmenverordnung und zum Impact-Assessment (Kosten-Nutzen-Abschätzung) vor. Insgesamt begrüßte die DSS den überarbeiteten Entwurf der IESS-Verordnung und unterstützte viele der Änderungen, die seit der letzten Diskussion in der DSS gemacht wurden.

Eine Reihe von Mitgliedstaaten wiederholte ihre Bedenken zur Aufnahme von Datenlieferungen zu den Bereichen Konsum und Zeitverwendung in den Rechtsakt, während andere betonten, dass diese aufgrund ihrer Bedeutung in den Rechtsakt aufgenommen werden sollten. Diese Bereiche in den Rechtsakt aufzunehmen und gleichzeitig ausreichend Zeit zur Anpassung und Modernisierung dieser Bereiche zu geben wurde seitens des Vorsitzes als ein möglicher Kompromiss angesehen.

Die meisten Mitgliedstaaten – auch Deutschland – zeigten starken Widerstand gegenüber der Verwendung von delegierten Rechtsakten zur Regelung der Periodizität und zur Regelung von Übermittlungsfristen in der geplanten Verordnung. Eine Reihe von Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, kritisierte, dass die Daten zur Informations- und Kommunikationstechnologie in Haushalten jährlich bereitgestellt werden sollen. Die DSS unterstützte das Ziel der früheren Bereitstellung von Daten der Haushaltserhebung „Leben in Europa“ (EU-SILC), einschließlich der anspruchsvollen Fristen, die im Entwurf enthalten sind, forderte jedoch eine klare Unterscheidung zwischen vorläu-



figen und endgültigen Daten. Eine Reihe von Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, unterstrichen, dass die Erweiterung der Längsschnittkomponente von EU-SILC auf sechs Jahre Schwierigkeiten im Hinblick auf die einzusetzenden Ressourcen und die Datenqualität im Querschnitt macht. Die GD EMPL teilte mit, dass die frühzeitige Bereitstellung von Daten aus EU-SILC, insbesondere zum Einkommen, für sie essentiell sei. Die Vertreterin des ESAC betonte, dass die Längsschnitte für wissenschaftliche Analysen benötigt werden. Auf Basis der Diskussion hielt der Vorsitzende fest: Bei der Wahl zwischen der Länge des Panels und der frühzeitigen Verfügbarkeit von Daten im Querschnitt plädiert die DSS im Zweifel für frühzeitige Datenverfügbarkeit.

Die DSS kam auch überein, das Haushaltseinkommen nicht in die Datenlieferungen zur EU-Arbeitskräfteerhebung (LFS) einzubeziehen. Stattdessen soll die Qualität der Daten zum Arbeitseinkommen verbessert werden.

Deutschland teilte mit einer Reihe von Mitgliedstaaten Bedenken gegenüber der Aufnahme der Variablen „Global Activity Limitation Indicator (GALI)“ und „Self-perceived Health (SPH)“ in alle Datenübermittlungen nach der IESS. Die Aufnahme der Merkmale in den LFS wurde als Kompromiss vorgeschlagen.

Die Anhänge der Verordnung wurden kritisch diskutiert. Insbesondere im Hinblick auf die Genauigkeit werden weitere bilaterale Diskussionen geführt werden. Zusammen mit weiteren Mitgliedstaaten äußerte auch Deutschland Bedenken gegen die Möglichkeit der Änderung, insbesondere der Verschärfung, von Genauigkeitskriterien in delegierten Rechtsakten oder Durchführungsrechtsakten.

Keine Unterstützung fand die deutsche Delegation mit der Forderung, die Übermittlung von Mikrodaten auf die Erhebungen zu beschränken, für die dies schon jetzt erfolgt.

#### **Bedarfe des Ausschusses zu Sozialschutz über Gesundheitsaspekte**

Die DSS nahm eine Präsentation des Vorsitzenden des Ausschusses für Sozialschutz (SPC) zur Kenntnis und erkannte die Bedeutung vergleichbarer und zeitnaher Gesundheitsstatistiken für die Forschung und für Strategie- und Monitoring an – speziell im Hinblick auf das Europäische Semester und den gemeinsamen Evaluierungsrahmen zur Gesundheit JAF (Joint Assessment Framework on Health).

#### **GALI als gemeinsame Variable in den Haushaltserhebungen**

Die DSS begrüßte den Bericht der GALI-Arbeitsgruppe und unterstützte seine Diskussion in den relevanten Arbeitsgruppen, besonders im Hinblick auf die Implementation und die Empfehlungen. Insbesondere ESAC und SPC sahen vergleichbare Daten über Behinderungen durch GALI (Global Activity Limitation Indicator) als Priorität.

#### **Elemente der Input-Harmonisierung zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit**

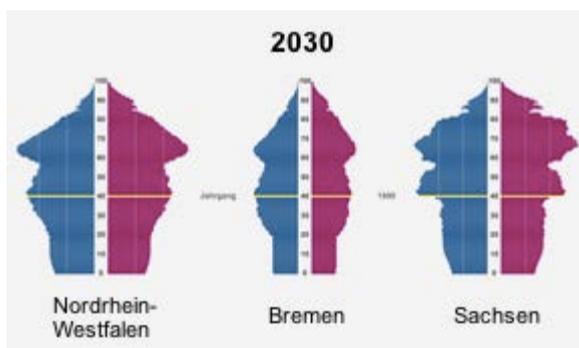
Die DSS nahm die Präsentation des Vertreters von Frankreich sowie die weiteren Pläne Eurostats zur Kenntnis. Eine Reihe von Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, sprach sich dagegen aus, dass Eurostat verbindliche Vorgaben zur Reihung und zur exakten Formulierung von Fragen macht. Zumindest in begründeten Fällen soll davon abgewichen werden können.

#### **Arbeit der Task-Force zu zukünftigen Zensus**

Eurostat präsentierte den Stand der Arbeiten der Arbeitsgruppe (Task-Force) zum Zensus 2021 sowie den darauffolgenden Zensus, die DSS nahm dies zustimmend zur Kenntnis.



## Animierte Bevölkerungspyramide nach Bundesländern



Mit Hilfe der animierten Bevölkerungspyramiden nach Ländern können Sie sich einen Überblick über den Aufbau der Bevölkerung in den verschiedenen Bundesländern nach Alter und Geschlecht verschaffen. Die interaktive Anwendung bietet Ihnen die Möglichkeit, die Veränderung der Altersstruktur von heute bis 2060 zu verfolgen. Dabei können Sie

gleichzeitig die Entwicklung in drei verschiedenen Bundesländern miteinander vergleichen.

Die Anwendung basiert auf den Ergebnissen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung nach Bundesländern. Sie beinhaltet zwei Varianten mit unterschiedlichen Annahmen zum künftigen Wanderungssaldo.



## Termin 3./4. November: FDZ der Statistikämter veranstalten in Bonn Nutzertagung zum Thema Bildung und Beruf

Am 3. und 4. November 2015 findet in Bonn eine gemeinsame Nutzertagung der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie des Forschungsdatenzentrums im Bundesinstitut für Berufsbildung zum Thema Bildung und Beruf statt. Teilhabe an allgemeiner und beruflicher Bildung sowie die Verwertung von (beruflichen) Bildungsqualifikationen geraten vor dem Hintergrund der Diskurse um gesellschaftliche Ungleichheit, Internationalisierung und Fachkräftemangel verstärkt in den Fokus der wissenschaftlichen Forschung. Auf der Tagung werden empirische Beiträge vorgestellt, die sich mit der Entwicklung und Struktur von (beruflicher) Bildung und damit korrespondierenden Einkommens- und Erwerbssituationen beschäftigen.

Themenblöcke der Tagung sind:

- Gründe für Einkommensunterschiede
- Chancen und Risiken beruflicher Qualifizierung
- Einflüsse auf Bildungsverläufe
- Zusammenhänge zwischen Arbeitsleben und Gesundheit beziehungsweise Familie
- Methoden der empirischen Bildungsforschung

Alle Tagungsbeiträge basieren auf Projekten mit den Forschungsdaten der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und des Forschungsdatenzentrums im Bundesinstitut für Berufsbildung. Nähere Informationen zur Veranstaltung: [www.forschungsdatenzentrum.de](http://www.forschungsdatenzentrum.de), im Bereich Veranstaltungen.



## Urteil zum Betreuungsgeld: Vor allem Auswirkungen auf Westdeutschland

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 21. Juli 2015 das Gesetz zum Betreuungsgeld für verfassungswidrig erklärt. Zuletzt erhielten Eltern monatlich 150 Euro, wenn sie für ihr Kind keine frühkindliche Betreuung in öffentlich geförderten Tageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege in Anspruch nahmen.

Im ersten Quartal 2015 wurde das Betreuungsgeld rund 455 000 Mal ausgezahlt. Eltern in den neuen Ländern und Berlin nahmen dabei die staatliche Leistung anteilig deutlich seltener in Anspruch (29 500 Bezüge) als im früheren Bundesgebiet (425 900 Bezüge). Auch die voraussichtliche Bezugsdauer fiel in den neuen Ländern mit 15,5 Monaten wesentlich kürzer aus als im früheren Bundesgebiet (20,0 Monate). Am kürzesten war sie mit 13,3 Monaten in Thüringen, am längsten in Bayern und Baden-Württemberg (20,6 bzw. 20,5 Monate).

Während Eltern in Ostdeutschland relativ selten Betreuungsgeld bezogen, nahmen sie für ihr Kind deutlich häufiger eine Kindertagesbetreuung in Anspruch als Eltern in Westdeutschland: Im März 2014 lag die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren in den neuen Ländern bei 52,0 %. Im früheren Bundesgebiet waren dagegen nur 27,4 % aller Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung.



## Fachausschuss „Statistiken des Gesundheitswesens“

Am 29. und 30. September 2015 tagte der Fachausschuss „Statistiken des Gesundheitswesens“ in der Zweigstelle Bonn des Statistischen Bundesamtes. Themenschwerpunkte des ersten Veranstaltungstages bildeten Wunsch und Wirklichkeit einer modernen Krankenhausstatistik, die elektronische Kodierung von Todesursachen sowie die Nutzung und das Analysepotenzial von Gesundheitsdaten.

### Reform der Krankenhausstatistik

Um den Ansprüchen an eine zukunftsfähige und aussagekräftige Datengrundlage gerecht werden zu können, hat das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern Vorschläge zur Reform der Krankenhausstatistik erarbeitet, mit vielen relevanten Akteuren des Gesundheitsbereiches diskutiert, ergänzt und abgestimmt. Die Gruppe H 1 „Gesundheit, Soziales“, hat dem Fachausschuss diese Vorschläge vorgestellt und aufgezeigt, welche Ziele mit einer Reform der Krankenhausstatistik verfolgt werden. Der Fachausschuss hat den Bedarf an aussagekräftigen und zukunftsfähigen Daten im stationären Sektor unterstrichen.

### Kodierung von Todesursachen

Unter dem Thema elektronische Kodierung von Todesursachen hat die Gruppe H 1 über den neu entwickelten Kodierkern MUSE informiert (vgl. Jahrestagung des Statistischen Beirates 2014, Innovationspreis). Er ist in das internationale elektronische Kodiersystem Iris integriert und trägt dazu bei, die Qualität und den Informationsgehalt der Todesursachenstatistik zu verbessern. Kolleginnen des Datenmanagementsystems Mortalität im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz haben in einem weiteren Impulsreferat neue Auswertungsmöglichkeiten der multikausalen Todesursachenstatistik aufgezeigt. Aus Sicht des Fachausschusses sollte Iris/MUSE schnellstmöglich vollumfänglich von allen Statistischen Landesämtern zur Produktion der Todesursachenstatistik genutzt werden.

### Forschungsdaten aus der Gesundheitsstatistik

Impulsreferate zur Nutzung von Gesundheitsdaten unterstrichen das große Interesse an differenzierten Angaben. Ein Vertreter des Forschungsdatenzentrums im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen stellte in seinem Vortrag die Grundlagen zur Nutzung der Mikrodaten der amtlichen Statistik vor. Die Auswertungspotenziale liegen in der hohen Repräsentativität, hohen Validität und fachlichen Breite der Daten. Eine unaufwändige und schnelle Bearbeitung von Sonderauswertungen und Mikrodatenfragen stehen auf der Wunschliste des Fachausschusses ganz oben.

### Gesundheitsausgabenrechnung

Am zweiten Veranstaltungstag standen ausgewählte Arbeiten mit sekundärstatistischem Datenmaterial auf der Tagesordnung. Mit der Veröffentlichung der Gesundheitsausgabenrechnung 2015 erfolgte eine grundlegende Revision des Rechenwerkes sowie ein Umstellen der Berechnungen nach den Vorgaben des System of Health Accounts 2011, einem internationalen Rechenstandard. In der methodisch neu konzipierten Gesundheitspersonalrechnung werden die Beschäftigten ab dem Berichtsjahr 2012 unter anderem nach Berufen auf Grundlage der Berufs-klassifikation KldB-2010 ausgewiesen. Die Gruppe H 1 stellte dem Fachausschuss die Revisionen beider Rechenwerke und die erweiterten Analysemöglichkeiten vor. Eine Vertreterin des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen informierte den Fachausschuss über die zentrale Erstellung einer Gesundheitsausgaben- und einer Gesundheitspersonalrech-



nung für alle Länder, die in der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder vertreten sind. Die regionalen Angaben stellen einen deutlichen Informationsgewinn nicht nur für die Gesundheitsberichterstattung dar.

Das Statistische Bundesamt hat einen Antrag auf Nutzung der Daten nach der Datentransparenzverordnung beim Informationssystem Versorgungsdaten gestellt. Die Gruppe H 1 berichtete über die geplante Statistik zur Häufigkeit der gestellten ICD-10 Diagnosen im ambulant ärztlichen Versorgungsbereich und die Herausforderungen bei der Datenakquise.

#### **Kartografische und regionalisierte Aufbereitungen von Gesundheitsdaten**

Die Vorstellung von Möglichkeiten und Grenzen kartografischer und regionalisierter Aufbereitungen von Gesundheitsdaten sowie rasterbasierte Auswertungen des Zensus 2011 rundeten die Tagung ab. Vor dem Hintergrund der vielfältigen methodischen Probleme, mit denen kleinräumige Vergleiche behaftet sind, hat ein Vertreter des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Beispiele aus der Praxis der regionalen Gesundheitsberichterstattung referiert.

Geobasierte Darstellungen bieten eine hervorragende Möglichkeit, statistische Ergebnisse und Daten zu veranschaulichen. Am Beispiel der rasterbasierten Ergebnisse des Zensus 2011 präsentierte eine Vertreterin der Abteilung F Auswertungen, die auf der Grundlage der Zensusdaten erstellt wurden. Denkbar ist die kartografische Darstellung auch für verschiedene Statistiken aus dem Gesundheitsbereich. Die Gruppe H 1 hat dem Fachausschuss erste Überlegungen hierzu vorgestellt und mit ihm über prioritäre Bedarfe für eine Umsetzung diskutiert.

Nähere Auskünfte zum Fachausschuss und zum Thema Gesundheitsstatistik unter der Rufnummer (0611) 75-8109 oder unter [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt).



## EU-Direktorengruppe für Agrarstatistiken (DGAS) nahm in Budapest den Agrarsensus 2020 in den Blick

Am 30. Juni und 1. Juli tagte die Direktorengruppe Agrarstatistik (DGAS) unter Vorsitz von Marcel Jortay, Eurostat, in Budapest. Für Deutschland nahmen teil: Hermann Seewald, Leiter der Gruppe H1 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ im Statistischen Bundesamt, Cora Haffmans vom Statistischem Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein und Dr. Volker Appel vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Der Direktor der Generaldirektion „Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“ (GD AGRI), Tassos Haniotis, stellte die Grundzüge der GAP für die Jahre 2014 bis 2020 vor. Die Statistiken spielen weiterhin eine zentrale Rolle bei der Beobachtung der Effekte der GAP, so Haniotis. Vorrangig sei es, die gesetzliche Basis für die Landwirtschaftszählung 2020 sicherzustellen. Dabei solle ein kohärentes System aus Kernvariablen, Modulen und Satellitenvariablen ins Auge gefasst werden. Zusätzlicher Datenbedarf bestehe bei den Pacht- und Kaufpreisen landwirtschaftlich genutzter Grundstücke sowie beim ökologischen Landbau. Die Versorgungsbilanzen für wichtige Feldfrüchte sollen wieder eingeführt werden.

### Strategie für die Agrarstatistiken bis 2020 und danach

Auf der Sitzung des Ständigen Agrarstatistischen Ausschusses (SASA) am 28./ 29. April 2014 hatte Eurostat bereits seine Prioritäten für die Weiterentwicklung der europäischen Agrar- und Fischereistatistiken vorgestellt, die anschließend von drei Unterarbeitsgruppen diskutiert wurden. Nach einem Treffen der Eurostat-Direktoren legte Eurostat nun der DGAS ein modifiziertes Zwei-Stufen-Konzept vor, um die Rechtsgrundlagen für die Landwirtschaftszählung 2020 und die darauf folgenden Strukturhebungen vorzubereiten (die aktuelle Rechtsverordnung läuft Ende 2016 aus).

#### Erste Stufe:

Rahmengesetzgebung für eine Integrierte Agrarstrukturhebung („Integrated Farm Statistics“) mit den Inhalten:

- Daten auf Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe (fixe Kernvariablen, Module zu ergänzenden Themen, Satellitenvariablen für kurzfristigen Datenbedarf)
- Integration der bisher 5-jährigen Erhebungen zu Dauerkulturen (Baumobst, Rebflächen; bisher in VO 1337/2011 geregelt)
- Daten zum Thema „Landwirtschaft/ Umwelt“ (etwa Bewässerung, Tierhaltungsarten)

Die Daten sollen als Mikrodaten an Eurostat geliefert werden. Rechtsgrundlage: Basisverordnung (Eurostat hat hierzu im Oktober 2015 einen ersten Entwurf vorgelegt), ergänzt durch Delegierte Rechtsakte und Implementierungsrechtsakte. Das Gesetzespaket soll 2018 in Kraft treten, ein Kommissions-Vorschlag Ende 2016 vorliegen.

#### Zweite Stufe:

Rahmengesetzgebung aus Basisrechtsakt, ergänzt durch Delegierte Rechtsakte und Implementierungsrechtsakte für Agrarstatistiken (Inkrafttreten 2022) zum landwirtschaftlichen Input/Output mit folgenden Inhalten:

- Aggregierte Daten zur Bodennutzung, Ernte und zur tierischen Produktion
- Daten zum Thema „Landwirtschaft/Umwelt“ (etwa Nährstoffbilanzen, Pestizideinsatz, Düngemitelesatz)
- Eventuell Statistiken zu Agrarpreisen



Die Daten sollen aggregiert an Eurostat geliefert werden. Eurostat plant bis Sommer 2016 die Klärung der inhaltlichen, methodisch/technischen, finanziellen und rechtlichen Fragen in den Arbeitsgruppen, sodann die Konsultation des DGAS Mitte 2016 und des ESSC im Mai und im August 2016.

#### **Meinungsbild**

Die anschließende Diskussion ergab folgendes Bild: Portugal, Österreich, die Niederlande, Dänemark, Italien, Irland, Spanien, Polen, Slowenien und Finnland stimmen dem vorgelegten Konzept im Grundsatz zu; halten jedoch eine zeitgerechte Umsetzung für nicht realistisch. Norwegen, England, Luxemburg und Ungarn sprachen sich uneingeschränkt für das Konzept aus. Deutschland plädierte für eine Verlängerung der Ende 2016 auslaufenden Verordnung Nr. 1166/2008 zu den Betriebsstrukturerhebungen, da mit dem neuen Konzept keine Vorteile erkennbar seien gegenüber den zuletzt 2008 bis 2011 überarbeiteten agrarstatistischen Rechtsgrundlagen; auch könne neuer Datenbedarf im Rahmen des derzeitigen Rechts berücksichtigt werden. Darüber hinaus zeigten die bisherigen Erfahrungen mit der Schaffung von Rahmenregelungen (Rahmenverordnung für Unternehmensstatistiken – FRIBS, Integrierte Europäische Sozialstatistiken – IESS), dass angesichts des derzeitigen Standes der Arbeiten der verbleibende Zeitrahmen für die Vorbereitung der Rechtsgrundlagen unrealistisch sei.

Der DGAS betonte (Final Opinions), dass der sehr knapp bemessene Zeithorizont zur Umsetzung der Strategie kritisch sei, dass alle wesentlichen Elemente im Basisrechtsakt festgelegt werden sollten und dass Delegierte Rechtsakte nur begrenzt angewandt werden sollten. Vorrangig sei die Vorbereitung der Rechtsgrundlagen für die Landwirtschaftszählung 2020, dazu müsse die Verordnung spätestens Ende 2018 in Kraft treten. Notwendig seien vertiefte Informationen zur geplanten Rahmengesetzgebung und eine intensivere Konsultation der Mitgliedstaaten. Gleichwohl unterstützte die Mehrheit der Delegierten trotz der vorgetragenen Bedenken, das Konzept.

#### **Entwurf einer Verordnung zu Pacht- und Kaufpreisen landwirtschaftlicher Grundstücke**

Für die bislang freiwilligen Datenlieferungen zur Statistik über Pacht- und Kaufpreise landwirtschaftlicher Grundstücke soll nach den Plänen Eurostats für eine Übergangszeit eine Kommissionsverordnung erlassen werden, danach sollen die Datenlieferungen auf eine Verordnung von Rat und Europäischem Parlament gestützt werden.

Der von Eurostat vorgelegte Entwurf einer Kommissionsverordnung enthält eine Datenlieferung für die Referenzjahre 2015, 2016 und 2017. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten hat jedoch Bedenken im Hinblick auf die Methoden und den Zeitplan. Zudem seien die Rahmenbedingungen für eine Kommissionsverordnung relativ eng. Darüber hinaus liegen Eurostat die Ergebnisse von entsprechenden Pilotprojekten noch nicht vollständig vor, deren Auswertung zunächst abgewartet werden sollte.

Der DGAS resümierte, dass dieses Projekt für weitere gesetzliche Ausarbeitungen noch nicht reif sei. Eurostat soll die bereits durchgeführten Pilotprojekte analysieren und ein Handbuch erstellen. Eurostat kündigte an, einen neuen Vorschlag für eine Verordnung vorlegen. Darüber hinaus wird Eurostat weiter Beihilfen für Mitgliedstaaten bereitstellen, die Pilotstudien zum Thema planen. Das Statistische Bundesamt plant eine solche Pilotstudie für 2016/2017, um die Datengrundlagen und die Datengüte bei den Pacht- und Kaufpreisen landwirtschaftlicher Grundstücke zu analysieren.



## Jeder dritte Vater wünscht sich mehr Zeit für seine Kinder



Präsident Egeler und Bundesministerin Schwesig

32 % der Väter sowie 19 % der Mütter in Deutschland waren 2012/2013 der Meinung, nicht ausreichend Zeit für ihre Kinder zu haben. „Das bedeutet: Jeder dritte Vater und jede fünfte Mutter wünschte sich mehr Zeit für die Kinder“, sagte Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes, am 26. August 2015 auf der Pressekonferenz „Wie die Zeit vergeht – Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland

2012/2013“. Für Erwerbsarbeit wünschten sich 7 % der erwerbstätigen

Väter und 28 % der erwerbstätigen Mütter mehr Zeit. Dagegen würde jeder zweite erwerbstätige Vater und jede vierte erwerbstätige Mutter lieber weniger Zeit mit dem Job verbringen.

Weitere Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland:

- Väter und Mütter leisten pro Woche knapp 10 Stunden mehr bezahlte und unbezahlte Arbeit als Personen ohne Kinder. Dies ist vor allem auf ein höheres Pensum an unbezahlter Arbeit zurückzuführen.
- Mütter wenden mit 1 Stunde 45 Minuten pro Tag etwa doppelt so viel Zeit für die reine Kinderbetreuung auf wie Väter (51 Minuten).
- 40 % der Bevölkerung ab 10 Jahre sind ehrenamtlich oder freiwillig engagiert. Männer sind am häufigsten beim Sport aktiv, Frauen im religiösen Bereich.
- Fast drei Viertel der Schulkinder unter 10 Jahren nehmen Betreuungsangebote in der Schule oder im Hort in Anspruch.
- Menschen in Deutschland verbringen 6 Stunden am Tag mit Freizeit. Die zeitlich bedeutendsten kulturellen Aktivitäten sind Fernsehen und Lesen. Seniorinnen und Senioren sind hier Spitzenreiter.
- Die Zeitverwendung für Mediennutzung ist in den letzten 11 Jahren gestiegen. Mit sozialen Kontakten wird dagegen etwas weniger Zeit verbracht.

Zur Zeitverwendungserhebung wurden von August 2012 bis Juli 2013 gut 5 000 Haushalte in Deutschland freiwillig dazu befragt. Über 11 000 Haushaltsmitglieder ab zehn Jahren dokumentierten an drei vorgegebenen Tagen detailliert ihren Tagesverlauf und äußerten sich auch zum Zeitempfinden.

Die Zeitverwendungserhebung 2012/2013 wurde mit finanziellen Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

Weitere Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung 2012/2013 und methodische Hinweise finden sich im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) > Zahlen & Fakten > Gesellschaft & Staat > Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen, Wohnen > Zeitverwendung.

Die vollständigen Unterlagen zur Pressekonferenz sind unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) > Presse & Service > Presse > Pressekonferenzen abrufbar.

## Kontakt

---

Kontakt zur Redaktion

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wir freuen uns über Ihre Meinung und stehen Ihnen bei Fragen oder Anregungen zu diesem Heft und seinen Beiträgen jederzeit gerne zur Verfügung. Bei allgemeinen Fragen zu den „Informationen aus der amtlichen Statistik“ erreichen Sie die Redaktion unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 45 51.

Bei Fragen zu einzelnen Fachbeiträgen, steht Ihnen der allgemeine Statistische Informationsservice unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 24 05 oder über das Kontaktformular [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam

### Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt

#### Umorganisation in Gruppe B 3 „Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichungen, Online Dienste“

Das Referat „Bibliothek und Vertrieb“ wird um das Aufgabengebiet Marketing erweitert und zum Referat B 302 „Bibliothek, Marketing und Vertrieb“.

#### Umorganisation in Gruppe G 2 „Umwelt, Umweltökonomische Gesamtrechnungen“

Das seit 2012 entfallene Referat G 205 wurde wieder eingerichtet, dafür entfielen die Referate G 206 und G 207. Die Aufgaben der Umweltökonomischen Gesamtrechnung werden nun wahrgenommen durch die Referate G 203 „Umweltökonomische Statistiken“, G 204 „Gesamtrechnungen für Energie, Wasser und Emissionen, Nachhaltiger Konsum“ und G 205 „Monetäre umweltökonomische Gesamtrechnungen, Materialflussrechnungen, Nachhaltigkeitsindikatoren“.

### Statistisches Bundesamt

Direktorin beim Statistischen Bundesamt Dr. Ruth Brand, bisher mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung der Abteilung H „Gesundheit, Soziales, Bildung, Private Haushalte“ beauftragt, wurde die Leitung endgültig übertragen.

Dipl.-Betriebsw. (FH) Ralf Bender, der bisher mit Leitendem Regierungsdirektor Hans-Peter Lüs, gemeinsam die Gruppe A 1 „Organisation, Haushalt, Innerer Dienst“ leitete, wurde in den Ruhestand versetzt. Hans-Peter Lüs leitet die Gruppe A 1 nun allein.

Oberregierungsrat Philipp Fernis, bisher mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats A 204 „Justizariat, Disziplinar- und Ordnungswidrigkeitenverfahren“ beauftragt, wurde die Leitung des Referats übertragen.

Oberregierungsrat Daniel Seeger, bisher mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats D 304 „Zwischenörtliche Preisvergleiche, Parteienindex“ beauftragt, wurde die Leitung des Referats übertragen.

Oberregierungsrat Wolfgang Schulze, bisher Leiter des Referats G 101 „Gartenbau, Obst“ und seit Ende 2014 zum Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) abgeordnet, wurde zum 1. August 2015 zum BISp versetzt.

Oberregierungsrätin Sarah Kleine, bisher Leiterin des Referats G 203 „Umweltökonomische Statistiken“, wurde in das Referat G 103 „Landwirtschaftliche Bodennutzung und Flächenstatistik“ umgesetzt, gleichzeitig wurde ihr die Leitung des Referats übertragen.

Regierungsrat Sven Kaumanns, bisher Leiter des Referats G 206 „Nachhaltigkeitsindikatoren, Luftemissionsrechnungen, Abfallgesamtrechnung, sektorale Berichtsmodule“, wurde in das Referat G 205 „Monetäre Umweltökonomische Gesamtrechnungen, Materialflussrechnungen, Nachhaltigkeitsindikatoren“ umgesetzt, gleichzeitig wurde ihm die Leitung des Referats übertragen (siehe auch „Organisatorische Änderungen“).

## Personalnachrichten

---

Oberregierungsrätin Sabine Allafi, bisher Leiterin des Referats G 303 „Eingangskontrolle und Aufbereitung sowie Mahnwesen im Außenhandel (Standort Wiesbaden)“, wurde in das Referat G 301 „Grundsatzfragen und Qualitätssicherung sowie Verbreitung im Außenhandel“ umgesetzt, gleichzeitig wurde ihr die Leitung des Referats übertragen.

Regierungsdirektor Rudi Petter, Leiter des Referats C 305 „IT-Querschnittsverfahren, zentrale IT-Service“, wurde mit Ablauf des Monats Juli 2015 in den Ruhestand versetzt.

Regierungsdirektorin Ursula Lauber, Leiterin des Referats G 207 „Nationale Nachhaltigkeitsindikatoren, Rohstoffrechnungen und Umweltschutzmaßnahmen“, wurde mit Ablauf des Monats Juli 2015 in den Ruhestand versetzt.

Regierungsdirektor Albrecht Krockow, Leiter des Referats G 301 „Methoden, Rechtsfragen, Veröffentlichungen, Internationale Zusammenarbeit“, wurde mit Ablauf des Monats Juli 2015 in den Ruhestand versetzt.

Leitender Regierungsdirektor Heinz-Werner Hetmeier, Leiter der Gruppe H 2 „Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur, Rechtspflege“, wurde mit Ablauf des Monats September 2015 in den Ruhestand versetzt.

## Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Zum 1. September 2015 wurde Oberregierungsrätin Petra Kornschöber zur Leiterin des Referats 62 „Veröffentlichungswesen, Druckerei, Wahlen“ ernannt.

## Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Mit Wirkung vom 1. August 2015 ist Burkhard Müller neuer Präsident des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen; gleichzeitig wurde er zum Landeswahlleiter berufen. Im Rahmen eines Festaktes wurde er vom Sächsischen Staatsminister des Innern, Markus Ulbig, am 14. September 2015 in das Amt eingeführt. Burkhard Müller trat damit die Nachfolge von Frau Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher an, die im Dezember 2013 in den Ruhestand verabschiedet worden war.

## Tagungskalender

Juli 2015 bis März 2016

Termin	Ort	
30. Juni/1. Juli	Halle (Saale)	Arbeitskreis „Informationstechnik“
2./3. Juli	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“
8./9. Juli	Wiesbaden	Arbeitskreis „Erhebungen nach § 7 BStatG“
15./16. September	Bad Ems	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
15. – 18. September	Hamburg	Statistische Woche
21. – 23. September	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
22. September	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
24./25. September	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus“
29./30. September	Bonn	Fachausschuss „Statistik des Gesundheitswesens“
30. September/1. Oktober	Berlin	Arbeitskreis „Rechtsfragen der Statistik“
30. September/1. Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
13./14. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenzstatistiken“
13./14. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
14./15. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
15./16. Oktober	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
21./22. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeitsstatistiken“
27./28. Oktober	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
27. – 29. Oktober	Halle (Saale)	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
27. – 29. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
3./4. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“

## Tagungskalender

Juli 2015 bis März 2016

Termin	Ort	
3./4. November	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
4./5. November	Berlin	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
5. November	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
10./11. November	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
10./11. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigenstatistik“
11. November	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
11./12. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
12. November	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
16./17. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
24./25. November	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Handelsstatistik“ und „Tourismusstatistik“
2. Dezember	Bonn	Arbeitskreis „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“
2./3. Dezember	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“
8./9. Dezember	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
Januar/Februar	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus“
24./25. Februar	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
8./9. März	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistiken“
15./16. März	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
15./16. März	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
22./23. März	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
Mitte/Ende März	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“

Organisationsplan

Stand: 12. Oktober 2015, Aktenzeichen: A101/11101000-PLAN



1) Bis auf weiteres unterstützt Dr. Thiel den Leiter des BAMF

\* Unterstützung durch Referate F 206, H 301, H 302 und H 305  
 \*\*) siehe Projekt B 2

Haus- und Lieferadresse: Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden  
 Postanschrift: Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden  
 Telefon: +49 (0) 611 75-1  
 Telefax: +49 (0) 611 72-4000 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: [post@destatis.de](mailto:post@destatis.de)

Zweigstelle Bonn  
 Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn  
 Postanschrift: Postfach 17 03 77, 53029 Bonn  
 Telefon: +49 (0) 22899 643-0  
 Telefax: +49 (0) 22899 643-8990 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: [post@destatis.de](mailto:post@destatis.de)

i-Punkt Berlin Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: [i-punkt@destatis.de](mailto:i-punkt@destatis.de)  
 EDS Europäischer Datenservice Internet: <http://www.eds-destatis.de> E-Mail: [eds@destatis.de](mailto:eds@destatis.de)  
 Haus- und Lieferadresse: Friedrichstraße 50-55, 10117 Berlin  
 Postfach 11 01 02, 10831 Berlin  
 Telefon: +49 (0) 3018-644-9428  
 Telefax: +49 (0) 3018-644-9430

- Dienstort Wiesbaden
- Dienstort Wiesbaden/Bonn
- Dienstort Bonn
- Dienstort Wiesbaden/Berlin

<sup>\*)</sup> Zweigstelle Bonn  
<sup>\*\*)</sup> zugleich Leiterin der Zweigstelle Bonn